

Die Tätigkeit

der

Baltischen Konstitutionellen Partei

im Jahre 1907.

Referat des Parteisekretärs Th. von Richter auf der Parteiversammlung vom 18. Januar 1908.

Meine Herren!

Das Jahr 1907, ist für das ganze Russische Reich ein Jahr zwar nicht mehr der Gewalt und des versuchten Umsturzes, wie 1905 und 1906 es waren, gewesen. Es war aber auch nicht ein Jahr, wie wir nach der wilden, sturmbewegten Zeit es erwarten und wünschen durften, nicht ein Jahr ruhiger politischer Arbeit zur Festigung der neuen Grundlagen unseres Staatswesens und zur Durchführung wenigstens einiger der so heiß ersehnten und so dringend notwendigen Reformen. Das Jahr 1907 war vielmehr ein Jahr des Abwartens und der Vorbereitung, ein weiteres Jahr des Wartens namentlich auf die von unserer Partei, als einer konstitutionellen, von ihrer Gründung an erhoffte und erwartete Tätigkeit der Reichsduma zum Wohle des gesamten Vaterlandes sowohl, als im Besondern unserer engeren Heimat, die den unsäglichen Schaden, den ihr das frühere Verwaltungssystem gebracht hat, von allen Teilen des Reiches mit am schwersten durch Mord und Brand und durch deren schwere, aber gerechte Vergeltung hat büßen müssen.

Zwar ist die Reihe mit bewaffneter Hand im Jahre 1907 ausgeführter Verbrechen wider das Leben und das Eigentum noch immer eine erschreckend große gewesen. Es hat aber die zur Zeit der Revolution so schmerzlich vermißte Tatkraft der Regierung seit 1906 wieder eingesetzt und im Jahre 1907 unvermindert fortbestanden. Sowohl die neu begangenen Verbrechen haben energische Verfolgung gefunden, als auch die frühern, aus der Revolutionszeit stammenden. Die temporär 1906 errichteten Feldgerichte sind aufgehoben worden. Die übrigen außerordentlichen Schutzmaßregeln aber sind geblieben. Dem Kriegsmaterial der Revolution, aufrührerischer Literatur, Waffen und Munition ist energisch nachgespürt und viel davon, namentlich hier in Riga, ermittelt und unschädlich gemacht worden. Wenn auch diese schwere Arbeit noch nicht beendet ist, so beweist ihre energische Inangriffnahme doch, daß die Staatsregierung gewillt ist, der Erneuerung des Versuches zu blutiger Empörung, Bürgerkrieg und gewaltsamem Umsturze der Gesellschaftsordnung vorzubeugen, Leben und Eigentum und ruhige produktive Arbeit zu schützen. Unsere für Recht, Ordnung und Geseßlichkeit ein tretende Partei ist ihr hierfür zu dem lebhaftesten Dank verpflichtet.

Infolge dieser energischen Förderung der Idee des Rechts und der Ordnung seitens der Staatsregierung hat unsere Partei im Jahre 1907 keine Veranlassung mehr gehabt, wie sie es Ende 1905 und im Jahre 1906 getan hatte, in Flugchriften und auf Versammlungen auch ihrerseits für Recht und Ordnung besonders einzutreten. Ihre Betätigung nach außen hat sich vielmehr hauptsächlich auf ihre rege Anteilnahme an den wiederholten Reichsdumawahlen beschränkt. Versammlungen der Parteiglieder haben, außer in Anlaß der Wahlen, kaum stattgefunden. Beschlüsse prinzipieller Natur sind nur in geringer Zahl gefaßt

Jahr 1906 mit einem Saldo von 12434 Rbl. 08 Kop. abschloß. Im Jahre 1907 ist hingegen das Rechnungsjahr der Partei mit dem Kalenderjahr in Uebereinstimmung gebracht worden. Mit der Einkassierung neuer Mitgliedsbeiträge wurde erst soeben, im Januar 1908 begonnen. Die Ausgaben im Jahre 1907 betragen insgesamt 18054 Rbl. 17 Kop. Zur Revision der Buch- und Kassaführung sind seitens des Ausschusses, dem statutenmäßig die Prüfung der Ausgaben obliegt, Revidenten erwählt worden, deren Bericht jedoch noch aussteht.

*

*

*

Wie früher, so ist auch im Jahre 1907 der Presse dauernd die größte Aufmerksamkeit zuteil geworden. Doch hat es der Parteivorstand vermieden seinerseits in die mehrfachen erbitterten Polemiken der lokalen Blätter untereinander einzugreifen. Er ließ sich hierbei einerseits von der Erwägung leiten, daß die grundsätzlichen Anschauungen der Partei dem Publikum genugsam bekannt seien, um die Unrichtigkeit manches über die Partei und ihre Leitung gefällten Urteils sogleich erkennen zu können. Andererseits machte der Ton, in dem die Debatten geführt wurden, eine sachliche Diskussion oft ganz unmöglich. Nicht sofort als solche erkennbare tatsächliche Unrichtigkeiten über die Partei sind nicht ohne Zurechtstellung geblieben. Gelegentlich hat auch der Parteivorstand behufs Orientierung der Leser selbst das Wort im Parteiorgan ergriffen. Bei den Wahlen hat die gesamte deutsche Presse Livlands unsere Partei auf das Nachdrücklichste unterstützt.

Am 1. April ging der Verlag der Baltischen Post mit Zustimmung des Parteiausschusses an die Müllersche Buchdruckerei über, die das Unternehmen für eigene Rechnung weiterführt. Die von der Partei ins Leben gerufene Kommanditgesellschaft war nicht länger in der Lage, das mit der Herausgabe des Blattes verbundene Risiko zu tragen. Die Gesellschaft hat sich zwar nicht aufgelöst, aber unmittelbaren Einfluß auf die Haltung und den Inhalt der Zeitung nicht mehr geübt.

Der Bedeutung der hauptstädtischen Presse für die Beurteilung unserer lokalen Zustände und Verhältnisse ist die Parteileitung sich bewußt geblieben. Sowohl für direkte Widerlegung tatsächlicher Unrichtigkeiten ist nach Maßgabe der Möglichkeit gesorgt worden, als namentlich für wahrheitsgemäße Berichterstattung über laufende, das politische Leben der Provinz betreffende Vorkommnisse und für wahrhaftige zusammenhängende Darstellungen der Zustände in der Provinz. Diesem Zweige ihrer Tätigkeit wird die Partei auch in Zukunft den größten Fleiß widmen müssen. Noch immer mangelt es nicht an tendenziöser, auf die Täuschung der mit den Zuständen in der Provinz und mit ihrem Entwicklungsgange nicht bekannten russischen Gesellschaft abzielender Berichterstattung gelegentlicher und zum Teil ständiger Korrespondenten. Auch hat gerade im Jahre 1907 die Erfahrung mehrfach gelehrt, wie leicht sogar der Versuch, an Ort und Stelle durch eigene Anschauung sich zu orientieren, hervorragende russische Journalisten zu völlig schiefer Beurteilung und zu völlig unrichtigen Anschauungen führt.

In der Herausgabe des russischen Publikums über die baltischen Provinzen orientierender Broschüren und sonstiger größerer Editionen hat sich die Partei im vergangenen Jahre nicht beteiligt. Doch sei hier zweier Broschüren gedacht, die den ehemaligen Direktor des Kaiserlichen Alexander-Lyzeums Baron F. von Wrangell zum Verfasser haben, sowohl in russischer als in deutscher Sprache erschienen sind und dem obigen Zwecke auf das Beste dienen. Sie können daher auch von unserer Partei nur mit größter Genugtuung begrüßt werden. Die Titel lauten: „Die baltische Frage in persönlicher Beleuchtung“ und „Im neuen Rußland.“

Die historische und politische Literatur unserer engeren Heimat hat zahlreiche, gediegene Werke hervorgebracht, auf die jedoch hier nicht eingegangen werden kann. Nur eines kann auch hier nicht unerwähnt bleiben. Der Initiative und eifriger Förderung von Mitgliedern unserer Partei verdankt ein Werk seine Entstehung, das bestens geeignet ist, staatsrechtlich und historisch den Boden kennen zu lernen, dem die Arbeit unserer Partei in erster Linie zu dienen bestimmt ist, die erste „Baltische Bürgerkunde.“ In der Vorrede zu derselben wird darauf hingewiesen, daß das rege öffentliche Leben, das auch in unserer baltischen Heimat erwacht ist, das Verlangen entstehen lasse nach einem Wegweiser, der jedermann behilflich wäre, sich über die Einrichtungen auf dem staatlichen und rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gebiete in bequemer Weise zu unterrichten, in übersichtlicher und gemeinverständlicher Weise das zu erfahren, was dem Staats- und Landesbürger von seinem Gemeinwesen vor allem zu wissen not tut und was er sich sonst aus vielerlei

Büchern mühsam zusammensuchen mußte. Vielen unserer Parteiglieder, die ja gerade durch ihre Verzeichnung zur Partei den Wunsch zu erkennen gegeben haben, an dem politischen Leben der Heimat teilzunehmen, wird ein diesen Zwecken dienendes Buch, ein solcher Wegweiser gewiß willkommen gewesen sein.

In der Zeit vom 16.—20. Juli fand die zweite Tagung des aus Vertretern der Ritterschaften, der Gouvernementsstädte und der Bauernschaft der drei Ostseeprovinzen bestehenden Konseils beim temp. baltischen Generalgouverneur statt. Die erste Tagung, im Juli 1906, war nur der Festsetzung des Programms und der Bildung von Kommissionen in den einzelnen Provinzen, der sogen. Provinzialräte, gewidmet gewesen. Im Juli 1907 wurde an der Hand der Vorschläge dieser Kommissionen ein detailliertes Projekt für die Organisation der ländlichen Selbstverwaltung beraten und ausgearbeitet. Auch wurden an die Staatsregierung Petitionen gerichtet: über die anlässlich der Aufhebung des Pflanzzwanges unaufschiebbar gewordene Reform der Bauerverordnungen und der Armenfürsorge in Städten und Kreisen im ganzen Reiche, sowie über die Unzulänglichkeit der Seitens der Domänenverwaltung an landlose Bauern verteilten Parzellen.

Im September tagte der Konseil mit einer durch die Wahlen zur Reichsduma veranlaßten Unterbrechung vom 18.—22. und vom 27.—29. September zum dritten Male. Beraten wurden: die Organisation der ländlichen Volksschulen, die Landgemeinbeordnung, die ländliche Kirchenordnung der evangelisch-lutherischen Kirche, die ländliche Agrarordnung mit besonderer Berücksichtigung der Aufhebung der besonderen Rechte des Großgrundbesitzes, der Quoten- und Sechstel-Ländereien, der Versicherung der Landarbeiter, das Projekt der Besteuerung der Zinsen von Privatobligationen und die Justizreform. Am Schlusse der Session wurde an Seine Majestät den Kaiser ein Huldigungs- und Dankestelegramm für die gewährte Möglichkeit gemeinsamer Arbeit zum Wohle der Heimat gerichtet. Die Beratungen haben, wie nach den Vorberatungen in den Provinzialräten zu erwarten war, in manchen und gerade in den wichtigsten Punkten zu einer Einigung nicht geführt. In Vielem aber stimmten erfreulicher Weise die Vertreter aller drei Stände überein. Namentlich wurde die Reformbedürftigkeit aller überhaupt in Beratung gezogenen Materien allseits anerkannt.

Zu Beginn des Jahres 1907 war die Vorbereitung der Wahlen zur zweiten Reichsduma schon in vollem Gange. Diese Wahlen fanden im livländischen Gouvernementswahlkreise vom 12.—23. Januar, in Riga am 12. Februar statt. Die Vorbereitung der Wahlen seitens unserer Partei hatte schon im Juli 1906 begonnen. Sie ist, in soweit sie dem Jahre 1906 angehört, bereits Gegenstand der Berichterstattung gewesen. Als Wahlordnung diente noch das Gesetz vom 11. Dezember 1905. Es war aber die Instruktion für den Wahlvollzug aufgehoben und durch eine neue zweckentsprechendere ersetzt worden. Auch waren die wesentlichsten Unklarheiten des Gesetzes durch eine Reihe vom Senat auf Antrag des Ministeriums erlassener Erläuterungen beseitigt. Den Mängeln des Gesetzes selbst konnte freilich auf diesem Wege nicht begegnet werden. Es blieb bei der Vermischung ständischer und professioneller Wahlrechtsmerkmale, bei der Bevorzugung des Bauernstandes, bei der nichtprinzipiellen, sondern dem Zufall anheimgestellten Möglichkeit der Kumulierung auf mehrfachem Zensus beruhender Wahlrechte, bei der Gleichheit des Wahlrechts aller Stadtbewohner, unabhängig von der Verschiedenheit des Zensus, trotz gleichzeitiger Abstufung des Wahlrechts der Grundbesitzer nach der Höhe des Zensus und bei einer Reihe von anderen Inkonsequenzen und fehlerhaften Bestimmungen. Trotzdem war das Ergebnis der Wahlmännerwahlen vom 12.—23. Januar für unsere Partei ein besseres, als das der Wahlen für die erste Duma. Die Grundbesitzerkurie wählte in allen 9 Kreisen Livlands, wenn auch nicht durchweg Mitglieder unserer Partei, so doch nicht ausgesprochene Gegner, wogegen im Jahre 1906 im Fellinschen Kreise auch in dieser Kurie, dank einer den Sinn des Gesetzes völlig verkehrten Interpretation, die nationale Estnische Fortschrittspartei gesiegt hatte. Von den gleichfalls 9 städtischen Kurien, die 1906 sämtlich estnisch- oder lettisch-nationale Gegner unserer Partei gewählt hatten, gelang es uns eine, die des Rigaschen Kreises, zu erobern.

Am 11. und 12. Januar in Riga und wenige Tage später in den übrigen Städten verbreitete die Parteileitung durch alle deutschen Blätter der Provinz den folgenden Wahlaufruf:

An die Wähler!

Am 17. Oktober 1905 erschien das Kaiserliche Manifest über die Gewährung freiheitlicher Grundrechte und einer Konstitution an das gesamte russische Volk. Ein freudiges Aufatmen ging durch alle Schichten der Bevölkerung des russischen Reiches. Ueberall erwachte die Hoffnung auf das Anbrechen einer neuen und bessern Zeit — einer Zeit der Ordnung und der friedlichen Arbeit. Und was geschah? Anstatt, nun das Ziel erreicht war, das aufgeregte Volk zu beruhigen, anstatt die erregten Massen zur friedlichen Arbeit aufzurufen, anstatt dem Morden und Brennen durch ihr machtvolles Wort ein donnerndes Halt zu rufen — haben die Führer der sogenannten Freiheitsbewegung, die Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre und nicht zum mindesten die Kadetten alles daran gesetzt, um durch Wort und Schrift das Volk zu wildester Erregung aufzustacheln und den offenen Aufruhr hervorzurufen, der alsbald im ganzen weiten Reiche zu toben begann.

In Petersburg und Moskau, in Kronstadt und in Odessa, im Königreich Polen, im Kaukasus und in Sibirien, und nicht zum wenigsten in unseren baltischen Landen, — überall das gleiche Bild von Mord, Brand, Raub und Totschlag. Ströme von Blut hüben und drüben. Leben und Eigentum Tausender vernichtet. In Riga wird die Sparkassen zu stürmen versucht. In der Romanowka 25 bildet sich ein Föderativkomitee, erläßt Todesurteile und Ortsstatute. Mitten am Tage werden harmlose Leute hingemordet und beraubt! In Liv-, Est- und Kurland gehen Hunderte von Schlössern in Flammen auf, Pastore, Aerzte, Grundbesitzer werden gemordet! Post und Telegraph streifen, viele Fabriken stehen, die Arbeiter streifen. Die Hochschulen sind geschlossen, zum Teil auch die Mittelschulen. Kinder und Schüler werden zu Revolutionären und beteiligen sich aktiv am Morden, Brennen, und das alles im Namen der Freiheit!

Es gelingt trotzdem der Regierung, die Ruhe soweit herzustellen, daß die Reichsduma zusammenberufen werden kann. Man bedenke: die erste Volksvertretung des russischen Reiches! Zum zweiten Male atmet alles auf — man hofft, die Duma werde endlich den Greueln ein Ziel setzen und zu fruchtbringender Arbeit zusammentreten.

Und was geschieht? Was tut die Duma? Was taten die Kadetten, die damals die Herren der Situation waren? Nedes Geschimpfe auf die Regierung einerseits, unsinnige und maßlose Forderungen andererseits, Abschaffung des Privateigentums, Landverteilung, Abschaffung des Reichsrats, Umwandlung der Reichsduma in eine konstituierende Versammlung, — das wird von den Herren, die die „Besten der Nation“ sein wollen, in alle Welt verkündet. Ernst gearbeitet wird nichts. So wurde die Regierung in die Lage gedrängt, die Duma aufzulösen, die nichts weiter gewesen war, als eine revolutionäre Versammlung, die den Haß der Revolutionäre, anstatt ihn zu bannen, nur schürte, und im Wiborger Manifest offen die Revolution proklamierte.

Die Verantwortung hierfür trifft in erster Reihe die Kadetten, die Partei der sogenannten Volksfreiheit. Diese Herren forderten unter Lärm und Geschrei in der Duma die Aufhebung der Todesstrafe und des Kriegs- und Ausnahmegerichts; aber sie fanden nicht den Mut, auch nur ein Wort des Tabels auszusprechen gegenüber den Greueln, die täglich und stündlich das ganze weite russische Reich in seinen Grundfesten erschütterten.

Damals telegraphierte der Vorstand der Baltischen Konstitutionellen Partei an die Reichsduma und forderte dieselbe auf, dem Volke gegenüber das Morden und Rauben zu verdammen. Dieses Telegramm ist nicht einmal zur Kenntnis der Duma gebracht worden! Dazu fehlte es den Kadetten an persönlichem Mut. Sie morden nicht; aber sie schweigen, wenn andere morden und kokettieren mit den wildesten Revolutionären aus öder Popularitäts-Gascherei!

So ist das hehre Bild der Freiheit bisher in den Staub getreten worden! Keine willkürliche Staatsgewalt, so weit es sich um zivilisierte Staaten handelt, hat jemals so ihre Opfer hingeschlachtet, wie die Sozialrevolutionäre und die Anarchisten es bis zur Stunde täglich tun!

Auch die beste Regierung der Welt kann keine Reformen durchführen, solange im Reiche berartige Zustände herrschen wie zu gegenwärtiger Zeit, so lange nur durch Militär und Feldgerichte die Ordnung aufrecht erhalten werden kann, — so lange jeder Tag neue Meuchelmorde zeitigt!

Die Revolutionäre haben die Herrschaft der Gewalt proklamiert und auf die Gewalt kann nur mit Gewalt geantwortet werden.

Das ist die zweite Gefahr, die wir der revolutionären Bewegung zu verdanken haben. Kommt es zum zweiten Male zur Auflösung der Reichsduma, so droht die finsterste Reaktion und der Verlust oder doch die dauernde Suspendierung der Freiheit, die dem Volke schon soviel Blut und schwere Opfer gekostet haben!

Hinweg, rufen wir! hinweg mit den Volksbeglückern und Volksverführern, die versprechen und nicht halten, die ruhig zusehen, wo gemordet und geraubt wird und dazu heuchlerisch schweigen —

Der Weg zur Freiheit führt nur durch Arbeit und Ordnung; es gibt keinen andern! Es ist die höchste Aufgabe eines jeden Staatsbürgers, alles hierfür einzusetzen, bevor es zu spät ist.

Darum, Mitbürger, wenden wir uns an Euch Alle, helft uns dieses Ziel zu erreichen, tut Euch zusammen gegen alle Elemente des Umsturzes, die Sozialdemokraten und die Partei der sogenannten Volksfreiheit.

Wählt auch nicht solche, die im Nationalitätsdünkel befangen, demselben zu Liebe Haß und Zwietracht säen unter ihren Mitbürgern.

Wählt Männer, die ernst an der Freiheit hängen und mannhaft einstehe für Wahrheit und Recht auf dem Boden der Ordnung.

Der Vorstand der Baltischen Konstitutionellen Partei.

Schon vorher, am 4. Januar, hatte die Dorpater Ortsgruppe in der Nordlivländischen Zeitung den folgenden Aufruf veröffentlicht:

Wahlaufruf der Dorpater Ortsgruppe der Baltischen Konstitutionellen Partei.

Die erste Reichsduma mußte geschlossen werden — wir stehen vor der Neuwahl einer Duma des Reichs! An die Zusammensetzung derselben knüpft sich das Wohl und Wehe des ganzen ungeteilten großen Staates, dem wir angehören, zugleich auch das Loos, das unsere engere Heimat trifft.

Wir alle, jeder einzelne von uns, welcher auch nur die Scholle lieb hat, auf der seine Väter geboren und Jahrhunderte lang gelebt, haben die heilige Pflicht, vor diesem entscheidungsvollen Akte uns über folgende beiden Möglichkeiten klar zu werden:

Sollen wir in Grundlage der uns mit dem Allerhöchsten Manifest vom 17. Oktober gewährten Freiheiten und Rechte auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie stehen, welche dem Staatsbürger in weitem Rahmen das Recht einräumt, an dem Verfassungsleben und dessen weiterem Ausbau in freiheitlichem Sinne mitzuraten und mitzutaten?

oder:

Sollen wir der drohenden Gefahr einer sozialen Republik in die Hände arbeiten? Die Wahl ist bei dieser Alternative unseres Erachtens nicht schwer; denn dort handelt es sich um selbsterhaltende Ordnung und selbstgegebenes Gesetz, hier um blinden jähen Umsturz, der in unserem Riesreiche nur zu ganz unabsehbarem Unheil, nicht nur zum Ruin des Gesamtstaates, sondern auch zu Elend und Verderben der einzelnen Volksstämme des Reiches, mit einem Worte zum Chaos führen muß.

Was willkürliche Autokratie gebracht, das wissen wir aus bitterer, jahrzehntelanger Erfahrung; was wir von einer zügellosen Demokratie zu gewärtigen haben, das haben uns die revolutionären Wirren der beiden vorigen Jahre mit blutroter Lohe gelehrt!

Auch die Einwohnerschaft der Stadt Dorpat hat Stellung zu nehmen zu jenen Fragen. In kurzer Frist, am Dienstag, den 23. Januar, haben die Dorpater Wähler zur Wahlurne zu schreiten, um aus ihrer eigenen Mitte für unsere Stadt 4 Wahlmänner zu erwählen, denen die verantwortungsvolle Pflicht obliegt, auf der gemeinsamen Gouvernements-Wahlmännerversammlung zu Riga die Reichsduma-Deputierten zu wählen.

Die Gesamtvertretung unseres großen Gouvernements in der Reichsduma beschränkt sich auf nur 5 Personen. Mitbürger, laßt uns wenigstens dafür Sorge tragen, daß sie, diese Vertretung, sich groß erweise in der Auffassung von Recht, Pflicht und Humanität!

Das sind im wesentlichen die Gesichtspunkte der Baltischen Konstitutionellen Partei. Daher, Wähler Dorpats, tretet Mann für Mann an die Wahlurne und gebt Eure Stimmen zu Wahlmännern den von dieser Partei einmütig aufgestellten Kandidaten, den Herren: (Folgen die Namen der Kandidaten.)

Nur Einigkeit verheißt einen Erfolg! Es darf nicht einer an der Urne fehlen!

Das Wahlkomitee.

Wie das erste Mal, so hielt aber auch dieses Mal der Nationalitätshader die Gemüter unserer estnischen und lettischen Mitbürger derart im Bann, daß es zu einer Koalition der staaterhaltenden Wähler nirgends kam. Nur der äußere Verlauf der Wahlen war überall ein weit ruhigerer als das erste Mal. Der nicht am bäuerlichen Wahlrecht partizipierende Klein-Grundbesitz beteiligte sich an den Wahlen nur in geringem Maße. Unter den städtischen Wählern estnischer Nationalität trat eine Spaltung zu Tage, indem nicht nur die estnische Fortschrittspartei unter der Führung Tönnissons, sondern auch die radikal-demokratische Partei mit unserer Partei und unter einander in Konkurrenz traten. In Fellin verzichtete die Tönnissonsche Partei sogar auf einen eigenen Kandidaten. In Dorpat stellte auch die lokale Abteilung des Verbandes vom 17. Oktober eigene russische Kandidaten auf. Sie erzielte mit geringfügigen Abweichungen des Stimmfußes der einzelnen Wahlmänner 88—94 Stimmen. In allen 9 Kreisstädten (mit Einschluß des Rigaschen Kreises) haben zusammen 8806 Wähler gültige Wahlmänner-Wahlzettel abgegeben. Von diesen erhielten die Kandidaten der Balt. Konst. Partei 2057 Stimmen oder 23,36%, während 6749 Stimmen oder 76,04% auf die übrigen Parteien zusammen entfielen; von den letzteren trugen die demokratisch-radikale Partei rund 27,5%, die demokratisch-fortschrittliche rund 48% und die Partei vom 17. Oktober 1,06% davon.

Für die einzelnen Städte (außer Riga) und die zu ihnen gehörigen Kreise ergibt sich folgendes Verhältnis der 3 beteiligten Hauptparteien:

| Kreisstadt: | B. K. P. | Radik. P. | Demokr. P. |
|------------------|----------|-----------|------------|
| Dorpat | 719 | 1000 | 2102 |
| Berro | 154 | 224 | 212 |
| Bernau. | 400 | 144 | 619 |
| Fellin | 140 | 397 | — |

| Kreisstadt: | B. R. P. | Radik. P. | Demokr. P. |
|----------------------|----------|-----------|------------|
| Arensburg | 158 | — | 288 |
| Wolmar | 75 | — | 269 |
| Walf | 113 | 656 | 368 |
| Wenden | 93 | — | 242 |
| Kreis Riga | 205 | — | 135 |

Ueber die Verteilung der verschiedenen Nationalitäten auf die einzelnen Parteien lassen sich, da die Abstimmung geheim ist, keinerlei Angaben machen. In Dorpat verteilten sich nach ungefährer Mutmaßung die 719 Wahlzettel der Balt. Konst. Partei auf etwa 440 Wähler deutscher, 190 estnischer, 60 russischer und 30 jüdischer Nationalität.

Von ihrem Wahlrecht machten Gebrauch: in Dorpat mit Einschluß der im Kreise wohnhaften Wähler 87,24% und von den in der Stadt wohnhaften sogar volle 88%.

| | | | |
|------------------------|-------|-------------------------------|-------|
| In Arensburg | 71,1% | In Fellin | 46,7% |
| " Bernau | 68,4% | " Wolmar | 31,5% |
| " Werro | 66,1% | " Wenden | 29% |
| " Walf | 52,3% | im Rigaschen Kreise | 26,6% |

Besonders rege war die Wahlbeteiligung außer in Dorpat auch in Reval mit 82% und in Libau mit 81,7%.

Im April 1906 waren für unsere Partei abgegeben worden:

| | | | |
|-----------------------|-----|-----------------------|-----|
| in Dorpat | 613 | Stimmen, also weniger | 106 |
| " Bernau | 362 | " " " | 38 |
| " Fellin | 116 | " " " | 24 |
| " Arensburg | 130 | " " " | 28 |
| im Rigaschen Kreise*) | 88 | " " " | 117 |
| in Wolmar | 60 | " " " | 15 |
| " Walf | 144 | " " mehr | 31 |
| " Wenden | 100 | " " " | 7 |

woraus sich in Walf und in Wenden bedauerlicher Weise eine Abnahme, sonst überall eine Zunahme, im Ganzen eine Zunahme von 290 Stimmen ergibt.

Von den 62 Wahlmännern des livländischen Gouvernementswahlkreises gehörten zu unserer Partei, einschließlich der teilweise parteilosen Großgrundbesitzer 27, zur estnischen Fortschrittspartei 17, zu den lettischen konstitutionell-demokratischen Parteien 10, zu den lettischen und estnischen radikalen Demokraten 2 bezw. 6, zusammen 8 Wahlmänner. In der Kurie des Bauerstandes hatte die estnische Fortschrittspartei die absolute Majorität, sodaß ihr der von dieser Kurie allein zu ernählende Abgeordnete nicht streitig gemacht werden konnte. Es wurde der Redakteur des Postimees A. Jürgenstein gewählt. Hinsichtlich der drei anderen Abgeordnetenfrage kam es zu einer Einigung zwischen den lettischen und estnischen radikalen und demokratisch-fortschrittlichen Wahlmännern, auf Grund welcher gewählt wurden: der Dorpater Wahlmann Oberbauerrichter Karl Parts, estnische Fortschrittspartei, und die Wahlmänner des Bauerstandes Karl Kahrklin, früher Hauslehrer, Gemeindefschreiber und Gutsverwalter, jetzt Grundbesitzer und Eduard Dreumann, bekannt als Dichter, besonders als Humorist und Satyrker, Mitarbeiter der Walfs, gleichfalls Grundbesitzer. In der Duma schlossen sich die vier livländischen Abgeordneten, ebenso wie die Abgeordneten Estlands und Kurlands den Kadetten an. Ueber ihre Tätigkeit verlautete nichts.

In Riga veranstaltete unsere Partei am Sonntag, den 14. Januar, eine öffentliche Versammlung mit russischer Vortragssprache im Saal des Allgemeinen Theaters in der Moskauer Vorstadt. Nach einem einleitenden Vortrage über „die Aufgaben der künftigen Reichsduma“ fand eine lebhafte Debatte statt, an der sich unter anderen die lokalen Führer der russischen Kadettenpartei, die Herrn Wtoroch, Dern, Witwitsky und ein sozialdemokratischer Redner beteiligten.

Am 16. Januar fand im Gewerbeverein der letzte der im Winter 1906/07 von der Partei veranstalteten sogen. Teeabende statt. Es referierten der Parteipräsident G. Moriz über die Arbeiten des livländischen Provinzialrats, der Parteisekretär über das Verhältnis

*) Im Rigaschen Kreise hatte 1906 einer unserer Kandidaten zwar 408 Stimmen, unter denen aber ohne Zweifel auch gegnerische Stimmen sich befanden, da der andere von unsern Kandidaten nur 88 Stimmen erhielt. Ueber die Aprilwahl in Werro ist leider eine Publikation nicht erfolgt.

der Beschlüsse des Provinzialrats zur Stellungnahme unserer Partei zu den einschlägigen Fragen, endlich Vizepreses von Klot über die Aussichten der Partei bei den bevorstehenden Wahlen.

Gleichfalls den Wahlen gewidmet war die Parteiversammlung am 25. Januar. Einem ausführlichen Referate über Wahlkartelle sowohl im allgemeinen, als in besonderer Beziehung auf unsere Partei und die andern lokalen Parteigruppen folgten ein Vortrag über „Programmpolitik und Nationalismus“ und eine lebhaft diskutierte, endlich Erläuterungen der neuen Wahltechnik und die dringende von dem Parteivorstande an die Glieder der Partei gerichtete Bitte, ihn bei der Agitation und sonst energisch zu unterstützen. Um es dem Vorstande zu ermöglichen, die eventuellen Verhandlungen mit anderen Parteien fortzuführen und eingedenk des Umstandes, daß bei der ersten Reichsdumawahl das Wahlkartell mit der lokalen Abteilung des Verbandes vom 17. Oktober erst im letzten Moment zu Stande gekommen war, verzichtete die Parteiversammlung darauf selbst ihre Wahlmännerkandidaten zu erwählen und bevollmächtigte hierzu den Parteiauschuß im Verein mit dem Wahlkomitee. Diesem Auftrage konnten Ausschuß und Wahlkomitee schon am 29. Januar nachkommen. Denn schon damals hatte es sich herausgestellt, daß die erhoffte Einigung der staatserbaltenden Parteien auch in Riga um der nationalen Feindschaft willen nicht möglich sei. Dem schon von den Wahlen zur ersten Reichsduma her geeinten sogen. progressiven Block der russischen, lettischen und jüdischen Radikalen, dem neuerdings auch die Sozialdemokraten sich angeschlossen hatten, standen von einander getrennt gegenüber einerseits die Baltische Konstitutionelle Partei, andererseits der Russisch-baltische Verband vom 17. Oktober im Verein mit der Lettischen Reformpartei. Diese letztere hatte kurz vor den Wahlen aus einem Teile der lettischen konstitutionell-demokratischen Partei sich gebildet.

Die Wahlmännerliste unserer Partei wurde am 5. Februar veröffentlicht. Sie enthielt, wie der Vorstand bei der Publikation der Liste hervorhob, nicht nur Angehörige der Partei, sondern auch die Namen nicht zur Partei gehöriger Männer. Nach Nationalitäten gesondert waren darunter 44 Deutsche, 26 Russen, 10 Letten. Die Kandidatenliste des Russisch-baltischen Verbandes vom 17. Oktober und der Lettischen Reformpartei enthielt, soweit sich dieses nach den Namen beurteilen läßt, 21 Russen, 56 Letten und 3 Littauer. Obgleich diese Liste am 6. Februar im Rihski Westnik als solche der beiden genannten Parteien und der Rigaer Abteilung der Friedlichen Erneuerung publiziert worden war, veröffentlichte Tags darauf, am 7. Februar, das Komitee der Rigaer Abteilung des Vereins der Friedlichen Erneuerung im Pribaltiski Krai ein eigene, abweichende Liste, die 59 Namen aus unserer Liste und 21 eigene Kandidaten enthielt und daher nur zur Verwirrung der Wähler geeignet war. Die Liste des progressiven Blocks enthielt dem Anscheine nach 12 russische, 48 lettische, 15 jüdische und 5 polnische Namen.

Die Kandidatenliste unserer Partei wurde nicht nur in unsern Bureaus, dem Hauptbureau in der innern Stadt, einem Zweigbureau in der Moskauer Vorstadt und zwei Zweigbureaus im Mitauer Stadteil, verteilt, sondern auch auf Grund unserer umfassenden Ermittlungen über die voraussichtliche Stimmung der Wähler den Wählern persönlich überreicht oder übersandt. Als Begleitschreiben diente eine Wahlanweisung mit einem Aufruf des Wahlkomitees, der in deutscher, russischer und lettischer Sprache, je nach der Nationalität des Wählers, übergeben wurde. Kurz vor den Wahlen wurde auch in den Zeitungen ein Aufruf veröffentlicht.

Einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den Wahlen im März 1906 bildete es, daß nunmehr der Polizei die Verpflichtung auferlegt worden war, die Eintrittskarten des Stadtamts zu den Wahllokalen den Wählern zuzufertigen. Die unbestellbaren Karten mußten dem Stadtamte zurückgeliefert werden, wo sie sodann von den Wählern bei Vorweis einer Legitimation persönlich abgeholt werden konnten. Durch diese Anordnung ist vielfachem bei den ersten Wahlen begangenen Unterschleife begegnet worden. Auch konnte durch die Presse und nach Maßgabe persönlicher Ermittlungen für das rechtzeitige Abholen der Eintrittskarten gesorgt werden.

Trotzdem von allen Seiten die größten Anstrengungen gemacht worden waren, um die Wähler zur Ausübung ihres Wahlrechts zu veranlassen, war die Wahlbeteiligung im allgemeinen nur um weniges größer als im März 1906. Von 25277 Wahlberechtigten hatten 17094 Stimmzettel abgegeben; die Beteiligung betrug somit 67,6% gegen im März 1906 — 62,2%. Dieser Zuwachs an Wählern wurde allgemein auf die Teilnahme der Sozialdemokraten zurückgeführt.

In den einzelnen Wahlbezirken nahmen an der Wahl teil vom Hundert der eingetragenen Wähler:

| | März 1906. | Februar 1907. |
|---|------------------------------------|-----------------------------------|
| 1. in der inneren Stadt | 57,8 ⁰ / ₀ | 63,9 ⁰ / ₀ |
| 2. im St. Petersburger Stadtteil (mit Ausnahme des III. Polizeidistrikts) | } 64,8 ⁰ / ₀ | 67,4 ⁰ / ₀ |
| 3. im III. Polizeidistrikt des Peterb. Stadtteils und dem Vorortbezirk | | |
| 4. im I. und IV. Polizeidistrikt des Moskauer Stadtteils | } 64,3 ⁰ / ₀ | 67,2 ⁰ / ₀ |
| 5. im II. und III. Polizeidistrikt des Moskauer Stadtteils | | |
| 6. im Mitauer Stadtteil | 59,9 ⁰ / ₀ | 71,24 ⁰ / ₀ |

Die drei Hauptparteien hatten nach Bezirken geordnet die folgenden niedrigsten Stimmsätze erzielt:

| | Balt. Konst. Partei. | Progress. Bloß. | Dt. Reform. |
|------------|--|--|---------------------------------------|
| 1. Bezirk. | 1846 (54 ⁰ / ₀) | 1173 (37 ⁰ / ₀) | 312 (9 ⁰ / ₀) |
| 2. " | 1728 (50 ⁰ / ₀) | 1417 (41 ⁰ / ₀) | 298 (9 ⁰ / ₀) |
| 3. " | 243 (20 ⁰ / ₀) | 768 (65 ⁰ / ₀) | 137 (11 ⁰ / ₀) |
| 4. " | 255 (12 ⁰ / ₀) | 1525 (71 ⁰ / ₀) | 290 (14 ⁰ / ₀) |
| 5. " | 699 (18 ⁰ / ₀) | 2655 (70 ⁰ / ₀) | 428 (11 ⁰ / ₀) |
| 6. " | 1038 (34 ⁰ / ₀) | 1721 (56 ⁰ / ₀) | 267 (9 ⁰ / ₀) |
| zusammen | 5809 | 9359 | 1732 |
| | oder 33,9 ⁰ / ₀ | 54,7 ⁰ / ₀ | 10 ⁰ / ₀ |

Für die eigenen Kandidaten der Partei der Friedlichen Erneuerung waren nur 9 Stimmen abgegeben worden. Unsere Partei hatte in zwei Bezirken den Sieg davon getragen, was ihr 24 Wahlmänner einbrachte. Außerdem waren unter den Majoritätskandidaten zwei nicht wahlberechtigte Personen gewählt worden, an deren Stelle zwei unserer Kandidaten, als mit dem zweitgrößten Stimmsatz gewählt, traten. Unsere Partei verfügte somit im Wahlmännerkollegium über 26 Stimmen. Diesen gegenüber standen auf Grund des Bloßes der sog. Progressisten mit den Sozialdemokraten 36 Stimmen der Sozialdemokraten, 4 Arbeiterwahlmänner, deren Haltung ungewiß war und nur 18 Stimmen der vereinigten Radikalen. Diesen letzteren war es also anheimgestellt, durch eine Verbindung mit uns die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern, wogegen unsere Partei als die stärkere keine Veranlassung zu einer Konzeßion hatte, um so weniger als die zu Abgeordneten um ihrer persönlicher Eigenschaften etwa noch geeigneten kadettischen Führer im zweiten Wahlbezirk kandidiert hatten und dort unterlegen waren. Bei der Schlußwahl am 23. Februar blieben aber die radikalen Wahlmänner der Verbindung mit der Sozialdemokratie treu. Nachdem am 21. Februar der 27 Jahr alte Kandidat der Handelswissenschaften Lehrer Jahn Ohl auf einer vorbereitenden Versammlung zum Kandidaten benominiert worden war, fielen ihm bei der Wahl am 23. Februar 59 Stimmen zu. Der Kandidat unserer Partei, Rechtsanwalt G. Morik sen., erhielt 27 Stimmen. Was von der Wahl Ohls zu erwarten stand, zeigte schon seine Abreise am 23. Februar. Es wurde versucht, in diesem Anlaß in der Nähe des Bahnhofes eine Demonstration zu veranstalten, die jedoch von Kosaken und Infanterie verhindert wurde. Zu Zusammenstößen der aus jugendlichen Arbeitern, Studenten, Schülern und Schülerinnen bestehenden Menge mit dem Militär kam es zum Glück nicht.

Schon am 6. März hielt Ohl in der Duma seine erste Rede: über die Stellung der Regierung zur Arbeiterfrage. Er brachte außer den aus sozialdemokratischen Broschüren und Reden bekannten längst abgedroschenen Redensarten nichts Neues und auch diese so schlecht vor, daß er bei Freund und Feind nur Spott und Hohn erntete. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten verließ während seiner Rede den Sitzungsaal.

* * *

Am 19. März fand die wegen der Wahlen verschobene Jahresversammlung unserer Partei statt. Es referierten: der Parteisekretär über die Tätigkeit der Partei im Jahre 1906 und der Parteipräsident über den Verlauf der letzten Wahlen und die politische Situation. An den letzteren Vortrag knüpfte sich die Annahme der folgenden Resolution:

„Nach wie vor von der Ueberzeugung beseelt, daß nur eine umfassende, von der Regierung im Verein mit der durch beide Häuser des Parlaments gebildeten Volksvertretung durchzuführende gesetzgeberische Reformarbeit die Wiederherstellung geordneter Zustände verbürgt und die Möglichkeit friedlicher Entwicklung auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung gewährleistet, drückt die Balt. Konst. Partei den Wunsch aus, daß die neu gewählte Reichsduma dieser hohen Aufgabe sich gewachsen erweisen werde. Sie hält inbezug auf die Gebiete des öffentlichen Lebens, deren Reform das dringendste Bedürfnis bildet, an ihrem Programm und ihren früheren Beschlüssen fest.

Die Partei tritt voll für die Freiheit der Verbreitung politischer Ideen und Gesichtspunkte durch Wort und Schrift ein, verurteilt aber zugleich auf das Schärfste jede von Drohungen oder gar von Anschlägen auf Leben und Eigentum begleitete politische Tätigkeit.“

Ferner beschäftigte diese Versammlung ein Antrag des Herrn Professor Blacher betr. die Dezentralisation der Rigaer Parteigruppe durch Bildung von Parteibezirken innerhalb der Stadt. Zur Ausarbeitung entsprechender Vorschläge wurde eine Kommission erwählt, die in der Folge dem Ausschuß den Vorschlag machte, vorläufig die Veranstaltung von Bezirksversammlungen, namentlich im Mitauer Stadtteil ins Auge zu fassen, womit der Ausschuß sich einverstanden erklärte. Es wurde eine bezügliche Geschäftsordnung ausgearbeitet und eine Kommission des Ausschusses mit der Veranstaltung solcher Versammlungen betraut. Doch ist es bisher zu derartigen Versammlungen nicht gekommen.

Das Resultat der am 19. März stattgehabten Wahlen des Präsidiums und des Ausschusses ist bereits erwähnt worden.

*

*

*

Die Parteiversammlung am 15. Mai gedachte zunächst der kurz vorher veröffentlichten Entdeckung eines glücklich vereitelten Anschlags auf das Leben Sr. Majestät unseres Kaisers. Sie beschloß in diesem Anlaß ein Telegramm an den Präsidenten des Ministerrats zu richten, das folgenden Wortlaut hatte:

„Die allgemeine Versammlung der Baltischen Konstitutionellen Partei, deren Glieder allen die Dñseeprovinzen bewohnenden Nationalitäten angehören, gibt sich die Ehre, Ew. Hohe Erzellenz zu bitten, die Gefühle höchster Genugtung über die Vereitelung verbrecherischer Anschläge gegen unsern Herrn und Kaiser, sowie die Versicherung unwandelbarer Treue und unbegrenzter Ergebenheit zu den Stufen des Thrones niederlegen zu wollen.“

Am 30. Mai hatte der Vorstand die Freude, durch den Herrn Gouverneur davon in Kenntnis gesetzt zu werden, daß Seine Majestät geruht hatte, für die in dem Telegramm ausgedrückten freuntertänigen Gefühle zu danken. Eine Benachrichtigung hierüber ging sofort durch die Tagesblätter den Parteigliedern zu.

Den weiteren Gegenstand der Tagesordnung am 15. Mai bildete das Anerbieten des Abgeordneten Purischkewitsch an die baltischen Deutschen. Die Veranlassung hiezu bot Folgendes: Der bessarabische Deputierte Herr Purischkewitsch hatte in dem St. Petersburger Herald unter der Ueberschrift „An die deutsche Bevölkerung des baltischen Landes“ einen offenen Brief veröffentlicht, in dem er, unter Berufung darauf, daß er von der deutschen Bevölkerung seines Wahlkreises gewählt sei und seinen Wählern versprochen habe ihre Interessen und ihre urwüchsige Entwicklung, soweit solches mit dem russischen Staatsbegriff vereinbar sei, zu verteidigen, an die Deutschen der Dñseeprovinzen die Bitte richtete, ihm alles mitzuteilen, was Bezug habe auf die Interessen der deutschen Bevölkerung und des baltischen Landes. Nach Maßgabe seiner Kräfte werde er dann in der Duma das vertreten, was nicht seinen Ueberzeugungen widerspräche und was den wahren Interessen und der urwüchsigen Entwicklung der deutschen Bevölkerung des Landes entspräche, „und jene niederträchtige Lüge und jenen Schmutz aufdecken, mit dem die deutsche Bevölkerung des Dñseelandes von Seiten der Dñsol und des andern Abschaums beworfen wird, der in die Duma in die Zahl der Gesetzgeber augenscheinlich durch ein Mißverständnis direkt aus der Zahl der Helden des Gortischen Dno geraten ist.“ An diese Veröffentlichung knüpfte sich eine heftige Polemik der lokalen

Blätter untereinander. Am 2. Mai hielt es der Parteivorstand für unvermeidlich, auch seinen Standpunkt zu präzisieren. Er wies auf die volle Gegensätzlichkeit des Programms unserer Partei einerseits und andererseits des Grenzmarkenprogramms des Verbandes des russischen Volkes hin, dessen in der Duma eine führende Rolle einnehmender Vizepräsident der Abgeordnete Purischkewitsch war. Er betonte gleichzeitig den Gegensatz der B. R. P. zu den Kadetten und kam zu dem Ergebnis, daß von allen russischen Parteien der B. R. P. am nächsten, trotz mancher Trennenden, das Programm der Zentralleitung des Verbandes vom 17. Oktober stehe und man gut tue, über die Realisierbarkeit des Anerbietens des Abgeordneten Purischkewitsch sich einer Täuschung nicht hinzugeben. Der Streit beruhigte sich jedoch nicht, sondern begann nur noch heftiger zu toben. Auch andere politische Gruppen nahmen Stellung. Die Parteileitung der Baltischen Konservativen Vereinigung veröffentlichte am 11. Mai in Mitau und am 12. in Riga eine bezügliche Erklärung. Das Organ der Kadettenpartei, die *Netsch* und die den Kadetten nahe stehende Zeitung *Slowo* brachten einen an Herrn Purischkewitsch gerichteten offenen Brief des Deutschen Liberalen Klubs in Riga, der weit über das Ziel hinausschoß, indem es darin hieß: Herr Purischkewitsch könne dank seiner politischen Richtung den Interessen der deutschen Bevölkerung in den Ostseeprovinzen nur schaden. Dieser Brief war, wie sich später herausstellte, außer den genannten Zeitungen auch Blättern anderer Richtung zugegangen, hatte in diesen letztern aber nicht Aufnahme gefunden. Alle diese Vorkommnisse ließen die Klärung der Angelegenheit auf einer Parteiversammlung angezeigt erscheinen.

Auf der Parteiversammlung wurde zunächst vorgeschlagen, mit Rücksicht darauf, daß das Anerbieten des Abgeordneten Purischkewitsch sich nicht an die Partei richte, von einer Stellungnahme überhaupt abzusehen. Nachdem dieser Antrag von der Majorität abgelehnt worden war, fand eine leidenschaftliche Debatte statt. Schließlich wurde mit einer nicht großen Majorität die folgende Resolution zum Beschluß erhoben:

„Die Balt. Konst. Partei hält an der angestammten Treue gegenüber Seiner Kaiserlichen Majestät und dem Kaiserhause, sowie gegenüber dem russischen Reiche fest. Sie befindet sich einzig hierin, sowie in der Verurteilung der terroristischen Gewaltakte der Revolutionäre in Uebereinstimmung mit der Partei des Verbandes des russischen Volkes, während sie in allen andern politischen Fragen zu dieser Partei in striktem Gegensatz steht. Sie hält es daher für unmöglich, die Vertretung der Interessen des baltischen Landes und somit auch die Vertretung der deutschen Balten dem „Verbande des Russischen Volkes“ oder seinem Vertreter in der Reichsduma, dem Herrn Purischkewitsch, zu übertragen.

Infolge dessen muß die Partei, als solche, auch darauf verzichten, den Abgeordneten Purischkewitsch mit Material zur Widerlegung etwaiger Verleumdungen auszustatten“.

Auch hiemit war jedoch diese Sache nicht beendet. Zwar beteiligte sich von nun an die Parteileitung nicht mehr an der öffentlichen Diskussion. Nur ein Mal erfolgte eine kurze Zurechtstellung seitens des Parteivorstandes. Auch das Parteiorgan beschränkte sich hauptsächlich auf Referate. In anderen Blättern aber wurden die heftigsten Angriffe gegen den Parteivorstand und die Majorität vom 15. Mai und besonders gegen den Deutschen Liberalen Klub in Riga und die zugleich dem Vorstande bzw. Ausschuß der Partei angehörenden Mitglieder des Klubs erhoben. Herr Dr. Alfred von Hedenström schied am 18. Mai aus dem Liberalen Klub aus. Der Ausschuß aber nahm Veranlassung, die Frage der Zugehörigkeit der Parteiglieder zu anderen politischen Parteien und Verbindungen zu diskutieren. Er stellte am 18. Mai fest, daß er die Zugehörigkeit der Glieder der Partei zu anderen politischen Parteien für unzulässig erachte. Auf einer späteren Sitzung, am 28. Mai, wurde sodann über den Unterschied zwischen einer politischen Partei und einem politischen Klub die folgende Festsetzung getroffen:

„Als politische Partei ist jede Vereinigung von Personen anzusehen, welche sich zu einem gemeinsamen politischen Programm bekennt und mit demselben oder mit Kundgebungen politischen Inhalts an die Öffentlichkeit tritt.

Im Gegensatz hierzu ist ein politischer Klub eine Vereinigung von Personen, welche weder ein solches Programm haben, noch mit Kundgebungen politischen Inhalts an die Öffentlichkeit treten.

Mitglieder der Baltischen Konstitutionellen Partei haben das Recht, als Mitglieder legislativer oder kommunaler Körperschaften politischen Fraktionen sich anzuschließen."

Diese Definition wurde für genügend erachtet, um einerseits den Parteigliedern die Freiheit privater politischer Betätigung möglichst zu wahren und andererseits doch öffentlicher Einmischung in den politischen Meinungsstreit seitens politischer Organisationen, die zu der Partei in Beziehung stehen, vorzubeugen.

Unterdessen war am 19. Mai in der Düna-Zeitung und der Riga'schen Zeitung und am 20. Mai im Rigaer Tageblatt die Aufforderung erschienen, an einer Interpellation an die Parteiversammlung sich zu beteiligen: „ob die Versammlung es für zulässig halte, daß Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes der Partei einer besondern politischen Organisation „Deutscher Liberaler Klub“ angehören, die mit selbständigen Erklärungen politischen Inhalts an die Öffentlichkeit tritt?“ Der Vorstand hielt die Sache aber durch die Beschlüsse des Ausschusses für erledigt. Er veröffentlichte am 1. Juni die Beschlüsse des Ausschusses und richtete zugleich an die Interpellanten, die ihren Wunsch, diese Angelegenheit durch eine Festsetzung der Parteiversammlung geregelt zu sehen, aufrecht erhalten sollten, das Ersuchen, solches im Parteibureau zur Anzeige zu bringen. Auch gab der Vorstand der Hoffnung Ausdruck, daß sämtliche Parteiglieder die Berechtigung dieser Interpretation des Parteistatuts durch den Ausschuß anerkennen und in ihrem Verhalten der Partei gegenüber hiernach sich richten würden. Außer in einer anonymen Zuschrift der Düna-Zeitung, deren Inhalte die Redaktion sich angeschlossen, wurde der Wunsch, die Interpellation aufrecht zu erhalten, nicht verlaublich.

Ein weiteres öffentliches Nachspiel erhielt diese Angelegenheit, als Mitte Juli ein Wahlprogramm des Zentralkomitees des Verbandes des russischen Volkes für die monarchistischen Organisationen in Polen, Litauen und den Ostseeprovinzen veröffentlicht wurde. Wiederum entbrannte eine an den Namen des Abgeordneten Burischewitsch geknüpfte, überaus heftige Pressefehde, in der auch die Parteiversammlung vom 15. Mai und die dort gehaltenen Reden den Streitgegenstand bildeten. Da es jedoch um die Stellungnahme einzelner Personen und nicht um die der ganzen Partei sich handelte, hatte der Parteivorstand keine Veranlassung, an diesen persönlichen Auseinandersetzungen sich zu beteiligen.

Ueber die Tätigkeit der zweiten Reichsduma ein Urteil zu fällen, ist hier nicht der Ort. Sie hat im Ganzen vom 20. Februar bis zum 3. Juni 1907 getagt. Wer unbeteiligt war, mußte immer mehr den Eindruck gewinnen, daß es so nicht weiter gehen könne. Nur wenige Optimisten hielten an der Hoffnung fest, daß durch die erwartete und erhoffte „Mauferung der Kadetten“, wenn auch nur allmählich eine Gefundung eintreten werde. Als die Kadettenpartei am 15. Mai die Verurteilung terroristischer Gewalttaten zwar nicht absolut, aber definitiv von der Tagesordnung entfernte, da brach auch unsere Partei das bisher beobachtete Schweigen. Der Vorstand veröffentlichte am 18. Mai im Parteorgan einen Artikel, in dem der volle Gegensatz zwischen der die soziale Revolution zwar nicht wollenden, aber durch ihre Haltung fördernden Kadettenpartei einerseits und der unserigen andererseits zum Ausdruck gelangte.

Die Regierung wahrte auch dieser Duma gegenüber stets die konstitutionellen Prinzipien. Sogar als die Teilnahme einer großen Zahl Abgeordneter, darunter aller Führer der sozialdemokratischen Partei, an einer wider die Staatsform gerichteten Verschwörung ermittelt worden war, hielt die Regierung auch in diesem äußersten Fall noch das konstitutionelle Prinzip aufrecht. Sie machte die Verhaftung und Strafverfolgung der Abgeordneten von der Zustimmung der Duma abhängig. Statt nun diese Genehmigung sofort zu erteilen und damit auch nur den Schein der Sympathie mit den den Angeeschuldigten zur Last fallenden Verbrechen zu vermeiden, suchte die Duma die Sache hinzuziehen und erwählte eine vorberatende Kommission. Wie sie am 15. Mai der Verurteilung terroristischer revolutionärer Akte und Verbrechen ausgewichen war, so suchte sie auch jetzt wieder einem entscheidenden Schritte auszuweichen.

Diese Haltung der Duma konnte, abgesehen von andern Gründen, auch schon deshalb nicht geduldet werden, weil sie den Angeeschuldigten die Möglichkeit bot, sich der drohenden Strafverfolgung zu entziehen. Unter anderen machte der Riga'sche Abgeordnete Ohl von dieser Möglichkeit Gebrauch und floh. Andere blieben, sei es um durch ein

Martyrium ihrer Partei und deren unstürzlerischen Plänen zu dienen, sei es in der Hoffnung, daß die nun unvermeidlich gewordene Auflösung der Duma eine neue bewaffnete Empörung zur Folge haben und es der Regierung nicht gelingen werde, einer solchen Herr zu werden. Tatsächlich ereignete sich nichts derartiges. Das Volk nahm die Auflösung der Duma als etwas unvermeidlich gewordenes mit vollem Gleichmut hin, um so mehr als die vielfach verbreitete Befürchtung, die Auflösung auch der zweiten Duma werde wenigstens zeitweilig das Ende des Konstitutionalismus in Rußland mit sich führen, sich nicht erfüllte. Das Kaiserliche die Auflösung dekretierende Manifest setzte zugleich den Termin für die Einberufung der neuen Duma auf den 1. November fest und bekräftigte in feierlicher Weise die dauernde Rechtskraft des Manifests vom 17. Oktober 1905 und der durch die Grundgesetze verliehenen Rechte.

Das Wahlgesetz aber erlitt eine Abänderung, über deren Notwendigkeit das Manifest sich wie folgt aussprach:

„Indem Wir aber auf die Liebe zur Heimat und auf die staatliche Einsicht Unseres Volkes bauen, erblicken Wir die Ursache des zweimaligen Mißerfolges der Tätigkeit der Reichsduma darin, daß zufolge der Neuheit der Sache und der Unvollkommenheit des Wahlgesetzes diese gesetzgeberische Institution mit Gliedern gefüllt wurde, die nicht als die wahren Vermittler der Bedürfnisse und Wünsche des Volkes erschienen.“

Infolgedessen haben Wir, indem Wir alle durch Unser Manifest vom 17. Oktober 1905 und durch die Grundgesetze verliehenen Rechte in Kraft belassen, den Entschluß gefaßt, nur den Modus der Einberufung der Erwählten des Volks in die Reichsduma zu ändern, damit ein jeder Teil des Volks in ihr seine Erwählten habe . . .

Alle diese Aenderungen in der Wahlordnung können nicht auf dem gewöhnlichen gesetzgeberischen Wege durch dieselbe Reichsduma ausgeführt werden, deren Bestand Wir wegen der Unvollkommenheit des Modus der Wahl ihrer Glieder für unbefriedigend erachtet haben. Nur derjenigen Gewalt, die das erste Wahlgesetz verliehen hat, der historischen Gewalt des Russischen Zaren, gebührt das Recht, dieses Gesetz aufzuheben und durch ein neues zu ersetzen.

Von Gott dem Herrn ist Uns die Zarische Gewalt über Unser Volk verliehen. Vor Seinem Throne werden Wir Rede stehen über das Schicksal der Russischen Macht.

Aus dieser Erkenntnis schöpfen Wir den festen Entschluß, das von Uns begonnene große Werk der Reform Rußlands zu Ende zu führen und verleihen ihm ein neues Wahlgesetz, welches Wir dem Dirigierenden Senat zu veröffentlichten Befehlen. Von Unsern getreuen Untertanen aber erwarten Wir auf dem von Uns gewiesenen Wege einen einmütigen und tüchtigen Dienst zum Besten der Heimat, deren Söhne zu allen Zeiten ein fester Schutz ihrer Stärke, ihrer Größe und ihres Ruhmes gewesen sind.“

Das so feierlich verkündete neue Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 bildet in vielen Beziehungen eine Verbesserung des früheren. Trotzdem entspricht auch dieses neue Gesetz den Anforderungen nicht, die unsere Partei in bezug auf das Reichsdumawahlrecht in ihrem Programm und in wiederholten Resolutionen niedergelegt hat. Die Vertretung aller Bevölkerungsgruppen, auch der in der Minderzahl befindlichen, entsprechend ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, ist auch durch das neue Gesetz nicht gewährleistet. Vielmehr herrscht überall nach wie vor das Majoritätsprinzip. In den Städten ist durch die Bildung zweier Wählerkurien der Versuch zur Differenzierung der Wähler nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gemacht. Doch kann auch diese Teilung der Wähler nicht als eine glückliche bezeichnet werden. Ein erkennbares Prinzip ist hierbei nicht befolgt worden. Der Scheidung der Hausbesitzer, Kaufleute und Gewerbetreibenden nach dem Schätzungswert der Häuser oder dem zu entrichtenden Steuerbetrag liegt das Prinzip der größeren oder geringeren Steuerleistung an den Staat zu Grunde. Im Widerspruch hierzu aber sind die für persönliche Gewerbstätigkeit Besteuerten sämtlich in die 2. Kurie verwiesen, obgleich ihre Steuerleistung vielfach weit höher ist, als andere zur Wahl in der ersten Kurie berechtigende Steuerleistungen. Der Zensus der Hausbesitzer ist äußerst niedrig angenommen,

da schon der Besitz eines Hauses im Schätzungswerte von in Riga 1500 Rbl., in den größeren Städten 1000 Rbl. und in den kleineren sogar nur 300 Rbl. mit dem Wahlrecht in der ersten Kurie verbunden ist. Daß das professionelle Wahlrecht der Staats- und Kommunalbeamten und Pensionäre ausschließlich in die zweite Kurie verwiesen ist und keine Differenzierung nach der dienstlichen Stellung oder der Höhe der Gage bezw. Pension stattgefunden hat, ist gleichfalls bedauerlich. Aus der Kurie des Grundbesitzes sind die Verwalter und Arrendatoren größerer Landgüter eliminiert worden, ohne das Wahlrecht dieser Personen in anderer Weise wiederherzustellen. Eine wesentliche Verbesserung besteht darin, daß das bäuerliche Wahlrecht aus einem rein ständischen zu einem auf den Beruf begründeten geworden ist. Zu Wahlmännern der Gemeindeversammlungen sind nunmehr nur Hausbesitzer wählbar, die Land besitzen, auf demselben seit mindestens einem Jahr leben und die Wirtschaft persönlich führen. Hierdurch ist innerlich dem bäuerlichen Leben längst entfremdeten und nur durch die Anschreibung zu der Gemeinde noch mit ihr verbundenen Personen die Ausübung des speziell bäuerlichen Wahlrechts versagt. Bedauert muß werden, daß hierbei für die Ostseeprovinzen von dem Erfordernis persönlicher Wirtschaftsführung Abstand genommen und nur der Wohnsitz verlangt worden ist, der auch durch wiederholte gelegentliche Anwesenheit am Orte begründet werden kann. Eine weitere wohlthätige Einschränkung des bäuerlichen Wahlrechts besteht darin, daß nicht mehr seitens der Wahlmänner des Bauernstandes allein ein Abgeordneter zu erwählen ist, sondern alle Wahlmänner an der Wahl dieses Abgeordneten teilzunehmen berechtigt sind, sowie daß die Wahlmännerversammlung nicht nur aus der Bauernkurie, sondern ebenso auch aus den Kurien der Grundbesitzer und der Städter je einen Abgeordneten obligatorisch wählen muß. Während aber das bäuerliche Wahlrecht als professionelles charakterisiert und präzisiert wurde, hat andererseits das Prinzip der bäuerlichen, nicht Wohnsitz sondern Anschriftsgemeinde Anwendung auf die städtischen Wahlen gefunden. Die dem Zensus nach in den Städten wahlberechtigten Personen sind, sofern sie zu Bauergemeinden desselben Kreises, in dem die Stadt belegen ist, verzeichnet waren, vom städtischen Wahlrecht ausgeschlossen worden, wobei die gleichzeitige Beschränkung des bäuerlichen Wahlrechts es mit sich brachte, daß diese Personen des Wahlrechts überhaupt verlustig gingen. Diese Bestimmung ist in Riga kaum empfunden worden. In den Kreisstädten Livlands hat sie aber eine teilweise beträchtliche Verminderung der Zahl der Wähler zur Folge gehabt, die wohl auch nicht ohne Einfluß auf den Ausfall der Wahlen geblieben ist. Endlich ist zu den Verbesserungen des Gesetzes auch die Bestimmung zu rechnen, daß dem Wähler unbedingt nur eine Stimme bei den Wahlen zusteht. Denn wenn sich auch gegen die Zubilligung kumulierten Wahlrechts an und für sich nichts einwenden läßt, so war doch nach dem frühern Gesetze die Möglichkeit der Ausübung des gewährten kumulierten Wahlrechts durch nichts sicher gestellt und völlig dem Zufall anheimgegeben. Nach dem Gesetze vom 3. Juni ist das Wahlrecht an den Wohnsitz gebunden oder es ist dem Wähler das Recht der Auswahl unter den ihm etwa zustehenden Wahlrechtsqualifikationen erteilt. In Liv- und Estland ist in den Wahlmännerkollegien die Zahl der Wahlmänner der städtischen Kurien, entsprechend ihrer Teilung in 2 Klassen auf mindestens zwei von jeder Stadt gebracht worden und außerdem die Zahl der Wahlmänner des Grundbesitzes, entsprechend seiner kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung, vermehrt worden. In Kurland ist letzteres leider nicht geschehen. In Riga und andern großen, einen besondern Wahlkreis bildenden, Städten sind an die Stelle der indirekten Wahlen direkte getreten. Die Teilung der städtischen Wähler in 2 Klassen hat auch in Riga eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten zur Folge gehabt, so daß nunmehr 2 Abgeordnete zu wählen waren.

Die Leitung unserer Partei hat nicht gezögert, sogleich nach Erlass dieses neuen Wahlgesetzes an die Lösung der neuen ihr gestellten Aufgabe heranzutreten. Auf der Sitzung des Ausschusses vom 14. Juni wurde ein Wahlkomitee von 26, meist dem Ausschuss angehörigen Personen gewählt, welches am 18. Juni auf einer vorbereitenden Sitzung durch Kooptation auf 131 Mitglieder sich erweiterte. Auch wurde sogleich ein besonderer Sekretär für das Wahlkomitee angestellt. Bereits am 26. Juni hielt es seine erste Versammlung ab. Von vornherein war es klar, daß die Aussichten unserer Partei in der zweiten Kurie zweifelhaft und auch in der ersten nicht vollkommen sichere sein würden. Es mußte daher darauf Bedacht genommen werden, die erste Kurie, eventuell auch auf Kosten der zweiten, zu stärken. Eine Handhabe hiezu bot das Recht hausbesitzlicher Frauen ihre Männer und Söhne zu bevoll-

mächtigen. Nach dem frühern Gesetze war von diesem Rechte nur in geringem Maße Gebrauch gemacht worden, weil die Personen, denen das Wahlrecht hätte übertragen werden können, meist bereits kraft eigenen Rechts wahlberechtigt waren. Jetzt wurde im Bureau ein Verzeichnis der zur Bevollmächtigung berechtigten Frauen angefertigt und auf einer Reihe von Versammlungen des Wahlkomitees verlesen, wobei die Glieder des Wahlkomitees sich anheischig machten, in ihrem Bekanntenkreise für die Ausstellung der Vollmachten Sorge zu tragen. Ferner wurden die als Wohnungsinhaber wahlberechtigten und daher meldepflichtigen Wähler, insofern sie früher ihr Wahlrecht durch unser Bureau angemeldet hatten oder als uns wohlgehinnt bekannt waren, wiederum zu entsprechender Anmeldung veranlaßt. Das Verzeichnis unserer Parteiglieder wurde inbezug auf die Wahlqualifikation derselben einer neuen, genauen Durchsicht unterworfen. Alle, deren Wahlrecht zweifelhaft erschien, wurden aufgefordert, hierüber mit unserem Bureau sich zu verständigen, das zu diesem Behufe, außer zu den gewöhnlichen Geschäftsstunden, ein Mal wöchentlich auch abends geöffnet war. Solcher Aufforderungen wurden im Ganzen 2945 versandt. 466 Wohnungsinhaber suchten behufs Anmeldung ihres Wahlrechts die Vermittelung des Bureaus nach. Nachdem Ende August die neue Wählerliste publiziert worden war, wurde sie genauer Vergleichung mit der früheren unterzogen. An 240 Wähler, die in der neuen Liste vermißt wurden, wurde die Aufforderung gerichtet, die Gründe dieser Weglassung aufzuklären und eventuell Beschwerde zu führen. Eine Reihe sowohl in der Stadt Riga, als an andern Orten wahlberechtigter Personen, namentlich Großgrundbesitzer, wurde ersucht, das Wahlrecht in Riga als in der gefährdetsten Position auszuüben, welchem Ansuchen sie auch fast ausnahmslos nachgekommen sind. Nach definitiver Feststellung der Wählerliste wurde die gesamte Wählerliste der I. Kurie im Wahlkomitee auf mehreren Sitzungen verlesen.

Gleichzeitig fanden seitens des Parteivorstandes Verhandlungen mit den Führern anderer Parteien und Wählergruppen statt. Bereits im Juli war seitens der Lettischen Reformpartei der Wunsch nach einem Wahlkartell laut geworden. Am 3. August bevollmächtigte der Parteivorstand einige seiner Glieder zum Abschluß eines solchen. Es wurde am 8. August die folgende Vereinbarung abgeschlossen:

„Um der Sozialdemokratie bei den im Herbst 1907 stattfindenden Wahlen zweier Abgeordneten Rigas in die Reichsduma mit Erfolg entgegenzutreten, werden die beiden genannten Parteien berath gemeinschaftlich operieren, daß eine jede Partei aus ihrer Mitte nur einen Kandidaten zur Wahl aufstellt und zwar die Balt. Konst. Partei in der I. Kurie, wobei jede der beiden Parteien sich verpflichtet, die Wahl des Kandidaten der andern Partei durch Wahlagitatio und Stimmabgabe ihrer der betr. Kurie angehörenden Parteimitglieder energisch zu unterstützen“.

Die nächste Folge dieser Vereinbarung war, daß die Lettische Reformpartei und ihre Anhänger, insofern sie in beiden Wahlkurien, etwa als Hausbesitzer in der ersten Kurie und als Quartiersteuerzahler in der zweiten, wahlberechtigt waren, ihr Wahlrecht in der ersten Kurie zu Gunsten des Wahlrechts in der zweiten Kurie aufgaben. Unsererseits brauchte ein entsprechender freiwilliger Uebergang zur ersten Kurie nicht stattzufinden, weil in beiden Kurien wahlberechtigte Personen, sofern sie keinen anderweitigen Wunsch verlaublichen, nach dem Gesetze unter die Wähler erster Kurie zu setzen sind.

Am 6. Oktober fand eine Parteiversammlung zur Wahl des Kandidaten der Partei für die erste Kurie statt. Es wurde über die bisherigen Wahlvorbereitungen referiert und einstimmig der Parteipräsident, Herr Rechtsanwalt E. Moriz sen. zum Kandidaten gewählt. Seitens der lettischen Reformpartei wurde für die zweite Kurie die Kandidatur des Herrn Rechtsanwalt J. Großwald aufgestellt. Andere Kandidaten waren: in der ersten Kurie der als Revolutionär vom Jahre 1905 her in übelstem Rufe stehende, neuerdings des Landes verwiesene, frühere Herausgeber des Baltijas Wehstnesis und der Walf, Rechtsanwalt Arved Berg, angeblich lettischer Demokrat, und, als Kandidat des Russisch-baltischen Verbandes vom 17. Oktober, der Hausbesitzer Semenow; in der zweiten Kurie: der russische Kadett Oberlehrer Dern, der lettische Demokrat Rechtsanwaltsgehilfe Ausberg und der Sozialdemokrat Dr. med. Bredskaln, gleichfalls ein Lette. Die lettische Kadettenpartei stellte einen eigenen Kandidaten nicht auf. Die lettische Volkspartei verzichtete darauf, ihren Mitgliedern eine Direktive für den Wahakt zu geben, unterstützte aber in der zweiten Kurie die Kandidatur Großwald als nationale. Das Organ dieser Partei, die Rig. Awise, gab auch in der ersten Kurie der Kandidatur Moriz den Vorzug vor der Kandidatur Berg, welche die Rig. Awise für eine Demonstration wider die Regierung und für den lettischen nationalen Interessen durchaus widersprechend erklärte.

Unser Vorstand veröffentlichte in den Tagesblättern den folgenden Aufruf:

An die Wähler Riga!

Am 17. Oktober dieses Jahres wird die Wählerschaft Riga zum drittenmal im Laufe von zwei Jahren an die Wahlurnen gerufen, um zwei Abgeordnete für die Reichsduma zu wählen.

Wir hoffen diesmal es erreichen zu können, daß nicht wie das vorige Mal ein Vertreter des wilden Umsturzes, wie der jetzt flüchtig gewordene Abgeordnete Dol, sondern Männer gewählt werden, die da eintreten für ein Programm maßvoller Reformen auf dem Boden des Monarchisch-Konstitutionellen Prinzips, der Ordnung und des Rechts.

Es gilt vor allem, die Vereinigung aller ordnungsliebenden und gemäßigten Elemente herbeizuführen, um dieses Ziel zu erreichen! Daher hat die Baltische Konstitutionelle Partei mit der Lettischen Reformpartei ein Wahlkartell geschlossen, um gemeinsam die Sozialdemokratie und die ihr verwandten radikalen Parteien zu bekämpfen. Jede der beiden verbundenen Parteien stellt in einer der beiden Kurien ihren Kandidaten auf, der von der anderen Partei zu unterstützen ist.

In der ersten Kurie ist von der Baltischen Konstitutionellen Partei Herr Rechtsanwalt Erwin Moriz sen., in der zweiten Kurie ist von der Lettischen Reformpartei Herr Rechtsanwalt Friedrich Großwald aufgestellt worden, für deren erfolgreiche Wahl beide Parteien gemeinsam in jeder Kurie energisch einzutreten entschlossen sind.

Wir richten nicht nur an alle unsere Parteiglieder, sondern auch an alle diejenigen Wähler, die mit uns die gleichen Ziele teilen, gleichviel zu welcher Partei sie gehören, die dringende Bitte, Mann für Mann, an den Wahlurnen zu erscheinen und für unsere Kandidaten einmütig zu stimmen.

Es ist hohe Zeit, den Elementen des Umsturzes ein energisches Halt entgegenzurufen. Es ist hohe Zeit, endlich einmal die Reichsduma in die Lage zu bringen, zu fruchtbringender Arbeit schreiten zu können, und es ist endlich dringend geboten, daß unsere gute alte Stadt in der Reichsduma dieses Mal eine ihrer würdigere Vertretung finde, als bei den jetzt stattgehabten Wahlen.

Welche Bedenken müssen zurücktreten zur Erreichung des gemeinsamen großen Zieles, zum Siege des Rechts und der Ordnung über den Umsturz und die Bergewaltigung der Massen durch die gewissenlose Hege der Sozialdemokratie und deren Genossen.

Darum Wähler! Versäume keiner, sein Wahlrecht auszuüben! Es scheue keiner die geringe Mühe der Stimmenabgabe, damit auch wir an unserem Teile dazu beitragen können, daß wieder Ordnung, Ruhe und Frieden eintreffe im Reiche, und insbesondere auch in den baltischen Landen und unserer teuren, alten Vaterstadt.

Der Vorstand der Baltischen Konstitutionellen Partei.

Jedem der fast 4000 Wähler der ersten Kurie wurden durch die Post ein Stimmzettel und eine Wahlaufforderung nebst Wahlanweisung, je nach der Nationalität des Wählers in deutscher, russischer oder lettischer Sprache, zugesandt. Diese Aufforderung lautete:

Sehr geehrter Herr!

Nach dem Wahlgesetze vom 3. Juni dieses Jahres sind in Riga zwei Abgeordnete zur Reichsduma zu wählen, von denen je einer von jeder Kurie der städtischen Wähler zu erwählen ist. Die Baltische Konstitutionelle Partei hat zum Kandidaten in der ersten Kurie Herrn Rechtsanwalt E. Moriz sen. erwählt, der es stets verstanden hat, warme Heimatsliebe mit loyaler Haltung dem großen russischen Reiche, dem wir angehören, gegenüber zu verbinden und auf diesem Boden für das Programm gemäßigter Reformen auf Monarchisch-Konstitutioneller Grundlage eingetreten ist.

Die Baltische Konstitutionelle Partei hat ferner, indem sie auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten in der zweiten Kurie verzichtete und in der zweiten Kurie die Kandidatur eines Kandidaten der Lettischen Reformpartei zu unterstützen sich verpflichtete, für die Kandidatur des Herrn Moriz die Unterstützung der Glieder der Lettischen Reformpartei gewonnen. Wir hoffen, daß auch noch andere Wählergruppen diese Kandidatur unterstützen werden.

Es ist noch nicht bekannt, für wen unsere Gegner ihre Stimme abgeben werden und ob sie solches vereint oder in getrennten Gruppen tun werden. In jedem Falle aber wollen wir uns davor hüten, die Stärke unserer Gegner, von denen namentlich die Sozialdemokraten erwähnt seien, zu unterstützen! Wollen wir des eingedenk sein, daß wir, indem wir unsere Freunde schwächen, zugleich unsere Gegner stärken.

Wer seine Stimme abzugeben unterläßt, vermehrt dadurch die Stimmenzahl seiner Gegner!

Wir richten daher an Sie, geehrter Herr, als Wähler der ersten Kurie, das dringendste Ersuchen an der am 17. Oktober, von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, in der Großen Gilde stattfindenden Reichsdumawahl durch Abgabe des beiliegenden Stimmzettels, welcher zwar beliebig zusammengefaltet, aber nicht beschnitten oder irgend wie bezeichnet werden darf, teilnehmen zu wollen.

Die Eintrittskarten zum Wahllokal werden durch die Polizei übergeben. Wer von der Polizei nicht ermittelt wurde, muß die Eintrittskarte im Stadtmamt, gr. Königsfir. Nr. 5, persönlich abholen und eine Personallegitimation übergeben, welche zu den Akten genommen wird.

Am Wahltag ist die Eintrittskarte sowohl am Eingange zum Wahllokal als im Lokal selbst der Wahlkommission vorzulegen. Der beiliegende Stimmzettel ist der Wahlkommission in einem der zwei zugleich mit der Eintrittskarte erhaltenen, mit dem Stempel des Stadtmamts versehenen weißen Couverts zu übergeben. Der Gebrauch anderer Couverts ist untersagt. Das Couvert muß zugestrichelt sein und darf nicht

etwa verriegelt werden. Jede Schrift oder jedes Zeichen auf dem Stimmzettel oder dem Couvert machen die Wahlstimme ungültig.

Wahlrecht bedingt Wahlpflicht! Nur Einigkeit bewirkt Stärke!

Es fehle daher Keiner, wo es gilt umstürzlerischen Bestrebungen mannhaft entgegenzutreten!

Das Wahlkomitee der Baltischen Konstitutionellen Partei.

Von den Wählern zweiter Kurie erhielten unsere Parteiglieder und die Wähler, auf deren Hilfe wir glaubten rechnen zu dürfen, gleichfalls per Post einen Stimmzettel und eine entsprechende Aufforderung und Wahlanweisung in deutscher oder russischer Sprache. Den Wählern lettischer Nationalität gingen von der Lettischen Reformpartei Aufforderungen in lettischer Sprache zu. Außerdem wurden Stimmzettel in großer Menge von Hand zu Hand verteilt. Im Ganzen verteilte unser Wahlkomitee Stimmzettel: für Moritz 12,000, für Großwald — einschließlich der bei der Nachwahl verteilten — 36,000 Stück.

Für das Abholen der Eintrittskarten zu den Wahllokalen seitens der Wähler, denen Eintrittskarten nicht von der Polizei hatten zugestellt werden können, wurde nach Möglichkeit Sorge getragen. Dieses Geschäft war durch die neue Instruktion vom 27. August 1907 wesentlich erschwert worden, da die Wähler nicht mehr wie früher eine Personallegitimation nur vorzuweisen hatten, sondern eine besondere Legitimation sich ausstellen lassen mußten, die das Stadtamt verpflichtet war, bei sich aufzubewahren.

Die Wahl fand am 17. Oktober statt. Sie verlief äußerlich vollkommen ruhig. Sogar in nächster Nähe der Wahllokale fanden kaum größere Ansammlungen von Menschen statt. Die Wähler erster Kurie wählten sämtlich in einem Lokale, die Wähler zweiter Kurie nach Stadtteilen gesondert in vier Lokalen.

In der ersten Kurie waren, nach Abzug einiger teils minderjähriger, teils verstorbenen oder sonst irrtümlich in die Liste aufgenommener Personen, 3869 Wähler wahlberechtigt. Von ihnen machten 2717 = 70,2% von ihrem Wahlrechte Gebrauch.

Es erhielten Stimmen:

Rechtsanwalt Moritz . . 1824 = 67,2% Hausbesitzer Semenow . . 72 = 2,6%
Rechtsanwalt Berg . . . 769 = 28,2% Ungültige waren abgegeben 56 = 2%

In der zweiten Kurie machten von 18,471 Wählern 12,988 = 70,3% von ihrem Wahlrecht Gebrauch, und zwar:

in der innern Stadt . . 2623 = 68,5% im Moskauer Stadtteil . 4574 = 71%
im Petersb. Stadtteil . . 3293 = 68,6% im Mitauer Stadtteil . . 2498 = 73,5%

Stimmen erhielten, abgesehen von 317 zersplitterten und ungültigen:

| Bezirk. | Großwald. | Ansberg. | Dern. | Breedkahn. |
|---------|--------------|--------------|-------------|--------------|
| I. | 1569 = 59,8% | 305 = 11,6% | 328 = 12,5% | 340 = 12,9% |
| II. | 1861 = 56,5% | 356 = 10,8% | 243 = 7,3% | 765 = 23,2% |
| III. | 1219 = 26,6% | 560 = 12,2% | 430 = 9,4% | 2229 = 48,7% |
| IV. | 833 = 33,3% | 155 = 6,2% | 50 = 2% | 1428 = 57,1% |
| Summa: | 5382 = 42,2% | 1376 = 10,6% | 1051 = 8% | 4762 = 36,6% |

aller abgegebenen Wahlstimmen der zweiten Kurie. In beiden Kurien hatten somit die beiden Kandidaten unserer Partei und der Lettischen Reformpartei 7306 Stimmen — 32% aller abgegebenen Stimmen bei einer allgemeinen Wahlbeteiligung von 70% der Wähler auf sich vereinigt, während im Februar unserer Partei allein 33,9%, freilich bei geringerer allgemeiner Wahlbeteiligung (67,6%), zugefallen waren. Im März 1906 hatten wir es bei allgemeiner Wahlbeteiligung von nur 62,2% der Wähler auf 37% der abgegebenen Stimmen gebracht.

Da in der zweiten Kurie absolute Majorität nicht erzielt war, hatte seitens der Wähler zweiter Kurie eine neue Wahl am 23. Oktober stattzufinden, bei welcher nicht mehr die absolute, sondern schon die relative Mehrheit entscheidend war. Obgleich das Gesetz eine neue Wahl und nicht eine sog. Stichwahl zwischen den Hauptkandidaten vorschreibt, gestaltete sich die neue Wahl dieses Mal doch zu einer reinen Stichwahl zwischen dem Rechtsanwalt Großwald und dem Doktor Breedkahn. Ansberg und Dern zogen ihre Kandidaturen zurück und ein neuer Kandidat kam nicht in Vorschlag. Unsere Partei versandte wiederum Stimmzettel per Post an die Wähler der II. Kurie, die schon zum 17. Oktober solche erhalten hatten und verband damit die folgende Wahlaufforderung, teils in deutscher, teils in russischer Sprache:

Sehr geehrter Herr!

Die am 17. Oktober stattgehabte Reichsdumawahl hat in der ersten Kurie zum Siege des Herrn E. Moritz sen. geführt, welcher mit überwältigender Majorität durch das von der Baltischen Konstitutionellen Partei mit der Lettischen Reformpartei abgeschlossene Wahlkartell gewählt ist.

In der zweiten Kurie hat der Kartellkandidat, Herr Rechtsanwalt Friedrich Großwald, zwar mehr Stimmen erhalten als jeder einzelne seiner Gegner, aber nicht, wie erforderlich gewesen wäre, mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Es findet daher eine

zweite Wahl am 23. Oktober

statt, an welcher nur die Wähler der zweiten Kurie teilnehmen. Bei dieser zweiten Wahl ist zur Wahl unseres Kandidaten nicht, wie das erste Mal, mehr als die Hälfte aller Stimmen erforderlich, sondern er ist auch dann schon gewählt, wenn ihm, ebenso wie das erste Mal, mehr Stimmen zufallen, als jedem einzelnen seiner Gegner.

Es ist nicht unmöglich, daß von diesen Gegnern der eine oder der andere zurücktritt.

Daher gilt die äußerste Anstrengung aller Kräfte, um dem Kandidaten der Lettischen Reformpartei, der jetzt auch der unfrige geworden ist, den fast schon errungenen Sieg endgültig zu sichern!

Noch ein zweites Mal gilt es zu beweisen, daß unsere Partei und alle die Kreise, die ihr nahe stehen, gewillt sind, das von der Partei geschlossene Kartell unverbrüchlich zu halten! Wiederum gilt es die Kraftprobe, zu welcher die Sozialdemokratie herausfordert, siegreich zu bestehen!

Auf das dringendste bitten wir Sie, geehrter Herr, nochmals und, wenn es sein muß, unter Hintansetzung anderer Pflichten, der Bürgerpflicht der Teilnahme an der Wahl

am 23. Oktober

sich nicht entziehen zu wollen.

Diese Wahl ist die letzte und unbedingt entscheidende.

Das Wahlkomitee der Baltischen Konstitutionellen Partei.

An die Wähler lettischer Nationalität wandte sich auch dieses Mal die lettische Reformpartei.

Welch unlautere Machinationen geübt wurden, erhellt daraus, daß mehrfach unsere als Drucksache in offenem Kuvert per Post versandten Stimmzettel gegen auf den Namen Bredkalm lautende vertauscht wurden, wohl in der Hoffnung, daß die Wähler den von uns erhaltenen Stimmzettel, ohne dessen Inhalt zu prüfen, bei der Wahl benutzen könnten. Das Parteibureau sah sich veranlaßt, diesem Unfug öffentlich entgegen zu treten.

Es beteiligten sich dieses Mal an der Wahl 588 Wähler weniger als am 17. Oktober. Auf die einzelnen Bezirke verteilt sich diese Zahl wie folgt:

| Bezirk. | Beteiligung am 17. Okt. | Beteiligung am 23. Okt. |
|---------|---|---|
| I. | 2623 = 68,5 ⁰ / ₀ | 2450 = 63,9 ⁰ / ₀ |
| II. | 3293 = 68,6 ⁰ / ₀ | 3169 = 65 ⁰ / ₀ |
| III. | 4574 = 71 ⁰ / ₀ | 4297 = 66,7 ⁰ / ₀ |
| IV. | 2498 = 73,5 ⁰ / ₀ | 2484 = 73,1 ⁰ / ₀ |

Die geringste Differenz von nur 14 Stimmen weist hiernach der Mitauer Stadtteil, die größte, 277 Stimmen, der Moskauer Stadtteil auf.

Stimmen erhielten außer zersplitterten:

| Bezirk. | Großwald. | | Bredkalm. | |
|---------|---|---|---|---|
| | 17. Oktober. | 23. Oktober. | 17. Oktober. | 23. Oktober. |
| I. | 1569 = 59,8 ⁰ / ₀ | 1696 = 69 ⁰ / ₀ | 340 = 12,9 ⁰ / ₀ | 750 = 30 ⁰ / ₀ |
| II. | 1861 = 56,5 ⁰ / ₀ | 2010 = 63 ⁰ / ₀ | 765 = 23,2 ⁰ / ₀ | 833 = 36 ⁰ / ₀ |
| III. | 1219 = 26,6 ⁰ / ₀ | 1408 = 33 ⁰ / ₀ | 2229 = 48,7 ⁰ / ₀ | 2869 = 67 ⁰ / ₀ |
| IV. | 833 = 33,3 ⁰ / ₀ | 884 = 48 ⁰ / ₀ | 1428 = 57,1 ⁰ / ₀ | 1594 = 64 ⁰ / ₀ |
| Summa: | 5482 = 42,2 ⁰ / ₀ | 5998 = 48,3 ⁰ / ₀ | 4762 = 36,6 ⁰ / ₀ | 6046 = 51,3 ⁰ / ₀ |

Es hatte somit Dr. Bredkalm 1607 Stimmen = 15⁰/₀ mehr Stimmen erhalten, als das erste Mal. Er verdankt diese ohne Zweifel den Wählern, die am 17. Oktober für Ansberg oder für Dern gestimmt hatten. Herr Großwald hat bei der zweiten Wahl 522 Stimmen mehr erhalten, offenbar teils von solchen, die das erste Mal überhaupt nicht mitgewählt hatten, teils von den frühern Wählern Ansbergs und Dorns. Hätten die letztern in ihrer Gesamtzahl von 2427 Wählern an der Nachwahl sich beteiligt, so hätte nach Abzug des Stimmzuwachses Bredkalm der Stimmzuwachs Großwalds mindestens 820 Stimmen betragen müssen. An der Majorität hätten freilich auch in diesem Falle noch immer 770 Stimmen ihm gefehlt.

Die wiederholte Wahl eines Sozialdemokraten in Riga und die steigende Wahl-

frequenz — März 1906: 62,2%, Februar 1907: 67,6%, Oktober 1907: 70,3% — beweisen, daß die Einwohnerschaft unserer Stadt in steigendem Maße der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zuneigt und zugleich, daß der Zusammenschluß der staatserkhaltenden Elemente unter uns noch keineswegs ein genügender ist. Sie beweisen, daß unsere Partei die Zeit des Friedens, bis Neuwahlen sie wiederum auf den Kampfplatz rufen werden, zu eifrigster Vorbereitung der neuen Wahlkampfes wird benutzen müssen.

Im Gouvernementswahlkreise war ebenso wie im Rigaschen zeitig mit den Wahlvorbereitungen begonnen worden. Sowohl in den Städten als auf dem flachen Lande waren schon seit Ende Juni Wahlkomitees in allen Kreisen tätig.

Für die städtischen Wähler des Rigaschen Kreises übernahm unser Bureau die Funktionen des Wahlkomitees. In diesem Wahlbezirk, in dem wir, wie erinnerlich, im Januar 1907 gesiegt hatten, versprach die Teilung der städtischen Wähler in zwei Kurien uns Nachteil statt Vorteil. Es erwies sich, daß die Aufstellung einer Kandidatur in der ersten Kurie aussichtslos war und aufgegeben werden mußte. In der zweiten Kurie hingegen wurde ein Kandidat aufgestellt und auch gewählt. In Arensburg am 14. Juli, in Werro am 26. Juli, in Pernau, in Dorpat am 6. September fanden Parteiversammlungen zur Wahl der Wahlmannskandidaten statt. Meist wurden für beide Kurien Kandidaten erwählt. In Werro wurde auf die Aufstellung einer Kandidatur für die zweite Kurie verzichtet.

Die Wahlen fanden in den Tagen vom 22.—27. September statt. Die zur Entsendung von Delegierten in die Kurie der Grundbesitzer berechtigten kleineren Grundbesitzer erschienen meist überhaupt nicht.

In der ersten Kurie der städtischen Wähler wurden in Dorpat, Wenden, Pernau, Arensburg, Fellin und Werro die Kandidaten unserer Partei, fast überall mit bedeutender Majorität, gewählt. In Wolmar siegte die Lettische Reformpartei, in Walk die Estnische Fortschrittspartei, gleichfalls an beiden Orten mit bedeutender Majorität. In Dorpat beteiligten sich von 651 Wählern erster Kurie an der Wahl 428 = 65% und es erhielten die Kandidaten der Balt. Konst. Partei 277, die Gegenkandidaten 151 Stimmen. In Pernau wurde Stadthaupt Brackmann mit 179 gegen 49 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 73% der Wähler gewählt, in Arensburg Stadthaupt Dr. Meywald mit 50 Stimmen gegen 3, bei einer Wahlbeteiligung von 36,5%, in Wolmar Stadthaupt Dr. Apping mit 44 gegen 9 Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 26,9%, in Walk Stadthaupt Märtsen mit 100 gegen 53 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 49,8%. Nur in Wenden war die Stimmenmehrzahl eine geringe, indem hier das dim. Stadthaupt Staatsrat Trampedach mit nur 43 gegen 30 Stimmen über das gegenwärtige Stadthaupt Behrson siegte. Die Wahlbeteiligung betrug in Wenden 48,6%.

In der zweiten Kurie der städtischen Wähler siegten die Kandidaten unserer Partei in Fellin, Pernau, Arensburg und im Rigaschen Kreise. Angaben über das Stimmverhältnis und die Wahlbeteiligung lassen sich leider gegenwärtig nur aus einigen Kreisstädten machen:

| Kreis. | Balt. Konst. Partei. | Gegenpartei. | Wahlbeteiligung. |
|--------------|----------------------|--------------|------------------|
| Riga . . . | 186 | 67 | 45% |
| Dorpat . . . | 342 | 472 | 63,6% |
| Fellin . . . | 66 | 40 | 56,3% |
| Walk . . . | 126 | 142 | 44% |
| Pernau . . . | 140 | 73 | 55,4% |
| Wenden . . . | 55 | 71 | 34,4% |

Am 14. Oktober fand die Wahl der Abgeordneten durch das Wahlmännerkollegium statt. Wie bei den früheren Wahlen, so versammelten sich auch dieses Mal die unserer Partei angehörigen und die andern deutschen Wahlmänner am Tage vorher in unserem Bureau zu einer Vorbesprechung. Gewählt wurden in der vom Geseße bestimmten Reihenfolge: aus der Bauernkurie Martin Schulzenberg, Kleingrundbesitzer im Dorpater Kreise, Anhänger der Estnischen Fortschrittspartei, aus dem ländlichen Grundbesitz: Kreisdeputierter Baron Hans Rosen und als Ersatzmann, gleichfalls mit absoluter Majorität, Landrat Baron A. Pilar von Pilchau, aus den Städten: Stadthaupt von Pernau O. Brackmann, endlich für das vierte, nicht an eine bestimmte Kurie gebundene Mandat: der frühere St. Petersburger Professor der Rechtswissenschaft, gegenwärtig Inspektor des

Lyzeums Baron Alexander Meyendorff, Glied des Zentralkomitees des Verbandes vom 17. Oktober in St. Petersburg. In Kurland wurden gewählt: aus der Bauernkurie Obristleutnant a. D. Ernst Karlberg, ein Lette, aus dem ländlichen Grundbesitz: der Bankrat des adeligen Kreditvereins Baron Hamikar Fölkersjahm, aus den städtischen Wahlmännern: der St. Petersburger jüdische Rechtsanwalt Nisselowitz, Kadett. In Estland: Gemeindefschreiber Alexander Terras, Landrat Baron A. Schilling und dim. Nevalscher Stadtsekretär cand. jur. D. Benecke.

Die Eröffnung der neuen Duma am 1. November bot in erfreulichster Weise ein von der Eröffnung der zweiten abweichendes Bild. Sie gestaltete sich zu einer großartigen, patriotischen Demonstration für Seine Majestät den Kaiser und zum Ausdruck der Dankbarkeit der Volksvertreter für die am 17. Oktober 1905 verliehene Freiheit. Als bei der Präsidiumswahl der livländische Deputierte Baron Meyendorff zum Vizepräsidenten erwählt wurde, nahm das Parteipräsidium die Gelegenheit wahr, ihn telegraphisch zu beglückwünschen.

Wenige Tage später, schon am 8. November, wurde der Stadt Riga ihr Deputierter und zugleich unserer Partei einer ihrer eifrigsten Begründer und ihr mehrjähriger Präses, Herr Rechtsanwalt Erwin Moriz sen., durch den Tod plötzlich entzissen. Um den Parteigliedern die Möglichkeit zu geben, ihrer Teilnahme entsprechenden Ausdruck zu geben, traf der Vorstand mit der Familie des Verstorbenen ein Abkommen, nach dem es der Partei ermöglicht wurde, die Beerdigung ihres hochverdienten Präses zu übernehmen. Vizepräses Dr. jur. von Buengner hielt bei dieser Gelegenheit die folgende Trauerrede:

„Verehrte Trauerversammlung! Als am vorigen Donnerstag die Nachricht von dem plötzlichen Tode des Rigaschen Dumadeputierten Erwin Moriz in unsere Stadt gelangte, verbreitete sich dieselbe mit Windeseile und erweckte überall die aufrichtigste Teilnahme. War er doch erst vor anderthalb Wochen in die Residenz gefahren, um unsere Stadt in der Duma zu vertreten, reiste er doch dahin, begleitet von den besten Wünschen und Hoffnungen seiner Wähler für die Gedeihlichkeit und den Erfolg seiner Arbeit, und schon in acht Tagen erwiesen sich alle diese Hoffnungen durch seinen Tod zerstört.

Moriz war kein Sohn unserer Stadt. Er ward am Rewastrande geboren, absolvierte das Gymnasium in Petersburg und studierte darauf die Rechtswissenschaft in unserer alten heimatischen Universität Dorpat. Nachdem er nachher noch ein halbes Jahr auf der Universität Heidelberg sich mit juristischen Studien beschäftigt hatte, zog er vor nunmehr vierzig Jahren als Fremder in unsere Stadt, um sich hier dem Advokatenberuf zu widmen. Bei seinem lebhaften feurigen Temperament und seiner großen Arbeitslust fühlte er sich in seiner hiesigen Tätigkeit zunächst oft enttäuscht, und beklagte sich im ersten Jahrzehnt seines Daseins oft darüber, daß es ihm als peregrinus oder Fremden außerordentlich schwer falle, in der Stadt Vertrauen und Anerkennung zu gewinnen. Daß ihm diese Anerkennung, deren seine Natur bedurfte, immer mehr und schließlich im höchstem Maße seitens seiner Mitbürger entgegengebracht wurde, beweist die Zahl der Beidtragenden, die sich an seinem Sarge versammelt haben, um ihm das letzte Geleit zu geben.

Auf rechtswissenschaftlichem Gebiet war Moriz ein tüchtig gebildeter und praktisch erfahrener Jurist, so daß sich die Zahl seiner Klienten immer vergrößerte und er zu den angesehensten Advokaten der Stadt gehörte. Großes Ansehen genoß er aber nicht nur bei seiner Klientel, sondern nicht minder auch bei seinen Kollegen, die ihn in den letzten Jahren der alten Gerichtsverfassung zum Präsidenten des Advokatenvereins erwählten, dessen letzter Präsident er gewesen ist. Seine Tüchtigkeit und Erfahrung auf juristischem Gebiet brachten es mit sich, daß bei verschiedenen Gesetzesprojekten und namentlich auch bei der neuen Justizorganisation in den baltischen Provinzen mehrfach sein Rat und seine Mitarbeiterschaft herangezogen wurden. Wenn Moriz aber eine Arbeit übernommen hatte, so führte er sie auch immer schnell und zu Aller Zufriedenheit aus. Als im Jahre 1889 die Justizreform in den baltischen Landen eingeführt wurde, behielt Moriz seinen früheren Advokatenberuf als vereidigter Rechtsanwalt bei. Was er in letzterer Hinsicht geleistet hat, hervorzuheben, muß ich einem Berufeneren überlassen.

Aber nicht nur in vierzigjähriger Praxis als Advokat, sondern auch als Stadtverordneter hat sich der Verstorbene um die Stadt verdient gemacht. Gleich bei Einführung der neuen Stadtverfassung im Jahre 1878 wurde Moriz zum Stadtverordneten erwählt und ist in dieser Stellung, getragen von dem Vertrauen seiner Mitbürger, fast volle dreißig Jahre verblieben. Hat er auch in den letzten Jahren wegen der vielen anderweitigen Inanspruchnahme seiner Arbeitskraft sich nicht mehr besonders rege an der kommunalen Arbeit beteiligen können, so hat er in der früheren Zeit nicht bloß aus Pflichtgefühl, sondern aus innerer Neigung und treuer Liebe zu unserer Vaterstadt in der allgemeinen Versammlung und auch in zahlreichen Kommissionen eine sehr schätzenswerte Mitarbeit geleistet. Wie groß das Vertrauen war, das auch die Stadtverwaltung ihm entgegenbrachte, erhellt schon daraus, daß selbst bis in die neueste Zeit bei vielen wichtigen Vertretungen, wie z. B. auf dem Livländischen Landtage, im Livländischen Provinzialrat und im Baltischen Konseil Moriz zur Zahl der Delegierten gehörte.

Nicht minder wie auf juristischem, hat sich der Verstorbene auch auf politischem Gebiet durch sein großes Interesse für unsere Stadt hervorgetan. Nachdem das Manifest vom 17. Oktober 1905 erschienen war, welches dem russischen Reiche eine Konstitution gewährte, war Moriz der erste, der sofort die Initiative zur Gründung einer politischen Partei ergriff und die Baltische Konstitutionelle Partei ins Leben rief. Die Aufstellung des Programms dieser Partei ist im Wesentlichen sein Werk und die Leitung derselben hat er von Anbeginn an bis zu seinem leider nur zu früh erfolgten Tode als deren Präses in seinen bewährten

Händen gehabt. Selbst ein Deutscher, und die deutsche Kultur überaus hochhaltend und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für dieselbe eintretend, war er auf politischem Gebiet einem kraß nationalen Gegensatz entschieden abhold und hat seinen politischen Standpunkt stets dahin präzisiert, daß die Interessen der verschiedenen Nationalitäten vielfach durchaus gemeinsame seien, der nationale Gegensatz, der überall in der Welt nur Schaden und nirgends Segen geschaffen habe, nicht verschärft, sondern abgeschwächt werden müsse, daß die deutsche Bevölkerung nicht nur für ihre eigenen, sondern auch für die Interessen der hier lebenden andersstämmigen Bevölkerung einzutreten habe, und zumal bei verschiedenen Nationalitäten, die auf dieselbe Scholle angewiesen seien, ein Boden für gemeinschaftliche politische Arbeit gefunden werden müsse.

Als Moritz auf der Generalversammlung der Baltischen Konstitutionellen Partei bei der letzten Dumawahl einstimmig zum Kandidaten der Partei erwählt wurde, entschloß er sich nur schweren Herzens, dem Rufe Folge zu leisten. Geschäftliche Rücksichten, sein vorgerücktes Alter von 65 Jahren und seine geschwächte Gesundheit wollten ihn bestimmen, die Kandidatur abzulehnen. Wenn er dennoch das Opfer brachte die Stellung eines Dumaabgeordneten, die sonst durchaus seinen Neigungen entsprach, anzunehmen, so geschah es, wie er selbst hervorhob, nur aus dem Grunde, weil ein Jeder unter Hintanzetzung seiner persönlichen Interessen der baltischen Heimat zu dienen verbunden sei. Ich bin daher bereit, sagte er, für die baltische Heimat und das russische Reich nach meinen besten Kräften zu wirken und zu kämpfen, und wie einen tapferen Krieger wird man mich nur mit dem Schilde, nicht aber ohne Schild hier wiedersehen. Als er diese Worte sprach, hatte wohl keiner der Zuhörer die Ahnung daß er schon nach nur achttägiger Arbeit auf dem Schilde zurückkehren würde.

Neben seiner genauen Kenntnis der Verhältnisse und seiner großen Schlagfertigkeit verdankte Moritz seine Erfolge auch in besonderem Maße seiner stets temperamentvollen, feurigen und hinweisenden Rede, durch die er die Zuhörer oft wie im Sturme für sich gewann.

Will man sich ein auch nur einigermaßen vollständiges Bild von der Persönlichkeit des Verstorbenen vor Augen stellen, so darf seine große Liebenswürdigkeit nicht unerwähnt bleiben. Er war eine durch und durch verhältnißliche Natur, und wenn er auch in allen Dingen, die er für wesentlich hielt, mannhaft und kräftig für seine Ansicht eintrat, so war er doch in allen Nebensachen nie eigensinnig, sondern in solchen Dingen stets bereit nachzugeben und einen Ausgleich herbeizuführen.

Wie allen Menschen, die im öffentlichen Leben stehen, hat es natürlich auch dem Verstorbenen nicht an manchen Gegnern, die seine Meinung nicht teilten, gefehlt, und doch ist die Trauer um seinen Tod eine allgemeine und es dürfte keinen geben, der nicht sein Hinscheiden als einen herben Verlust für die Stadt bezeichnete.

Nicht als Sohn unserer Stadt zog er hier ein, voll und ganz als einen Sohn unserer Stadt aber geleitet wir ihn hinaus zur letzten Ruhestätte. Ein tüchtiger und erfahrener Jurist, ein liebenswürdig ger Mann, ein treuer Sohn unserer Vaterstadt und unserer baltischen Heimat wird mit Erwin Moritz zu Grabe getragen. Wir alle aber, die wir ihn kannten, werden ihm noch lange ein treues Gedenken bewahren!

*

*

*

Kurz vor Eröffnung der neuen Reichsduma hatte in Riga die letzte Veranstaltung der Partei unter dem Präsidium des verstorbenen G. Moritz stattgefunden, eine zweite Konferenz der vier Parteien, die schon am 12. Februar 1906 die Uebereinstimmung ihrer Ziele konstatiert hatten.

Die geringen Erfolge der Parteien bei den Wahlen zur ersten und zweiten Reichsduma hatten das am 12. Februar 1906 von einer Delegiertenkonferenz vereinbarte gemeinschaftliche Programm seines aktuellen Charakters beraubt. Trotzdem war die Absicht gelegentlich wiederum eine solche Konferenz zu veranstalten nicht aufgegeben worden. Als nunmehr das neue Wahlgesetz bessere Aussichten bot, wurde auch diese Absicht wieder aufgenommen. Am 27. Oktober fand die neue Konferenz statt. Es nahmen daran teil: die Wahlmitglieder des Reichsrats Baron Tiefenhausen und von Cramer, die neugewählten Reichsdumadeputierten Benecke, Brackmann, Baron Foelckersahm, Baron Meyendorff, Moritz, Baron Rosen, 6 Delegierte der Monarchisch-Konstitutionellen Partei, 4 Delegierte der Konstitutionellen Partei in Estland, 2 Delegierte der Liberal-Konstitutionellen Partei in Libau, 2 Delegierte unserer Dorpater Ortsgruppe, 1 Delegierter unserer Bernauer Ortsgruppe, endlich aus Riga einige besonders geladene Gäste und der gesamte Parteivorstand.

Den Gegenstand der Beratung bildete das am 12. Februar 1906 vereinbarte gemeinschaftliche Programm, zu dem einige, den neueren politischen Ereignissen Rechnung tragende Ergänzungen vereinbart wurden. Dieses Programm wird im Laufe des soeben begonnenen Jahres die Parteiversammlungen der beteiligten politischen Verbände beschä tigen. Die Frage der Schaffung einer Organisation zur Durchführung des gemeinschaftlichen Programms wurde vorläufig vertagt.

*

*

*

Am Schlusse des Jahres beschäftigte die Partei noch die Ersatzwahl für das erledigte Mandat des Abgeordneten Moritz. Sie wurde demselben Wahlkomitee anvertraut, das die Oktoberwahlen erfolgreich geleitet hatte. Zunächst entstand, da das Gesetz hierüber keine Auskunft gibt, die Frage, ob diese Wahl auf Grund der

früheren Wählerliste vorzunehmen oder eine neue Liste anzufertigen sei. In letzterem Falle hätten die Personen, denen der Zensus im Oktober noch nicht ein Jahr lang zustand oder die in der Zwischenzeit die Altersgrenze von 25 Jahren erreicht hatten, nunmehr an der Wahl teilnehmen können. Auch gaben manche der Wähler, die im Oktober sich aus der ersten Kurie in die zweite hatten verzeichnen lassen, sich der Hoffnung hin, nunmehr wieder in der ersten Kurie wählen zu können. Das Ministerium entschied dahin, daß die Ersatzwahl auf Grund der frühern Wählerliste vorzunehmen sei, was in Hinsicht der aus der ersten Kurie in die zweite übergegangenen Wähler ohne Zweifel der Gerechtigkeit entsprach. Als Termin für die Ersatzwahl wurde der 14. Dezember und für eine eventuelle Nachwahl der 18. Dezember bestimmt.

Eine weitere Frage war die, ob die Lettische Reformpartei an das formell ja nur für die Oktoberwahlen geschlossene Kartell mit uns sich noch für gebunden erachten oder das Kartell zu erneuern suchen werde. Sie entschied sich dahin, von einer Erneuerung des Kartells Abstand zu nehmen, aber auch einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen und den Gliedern der Partei völlig freie Hand zu lassen. Einen gleichen Beschluß faßte auch die Lettische Volkspartei. Die Rigas Awise trat zwar auch dieses Mal energisch gegen die Kandidatur des Rechtsanwalts Arved Berg auf, brachte es aber nicht fertig, wie sie es doch im Oktober getan hatte, ihm gegenüber unseren Kandidaten zu empfehlen. Sie trat vielmehr für Wahlenthaltung nicht nur der Partei, sondern auch des einzelnen Wählers ein. Von einer Gruppe russischer Mitbürger war ein angeblich parteiloses russisches Wahlkomitee erwählt worden, dessen Glieder aber meist dem Russisch-Baltischen Verband vom 17. Oktober angehörten. Dieses Komitee erklärte, daß es zwar bereit gewesen wäre, mit uns über einen gemeinsamen Kandidaten sich zu verständigen, es dieses aber unterlassen habe, weil unsererseits ein bezüglicher Antrag nicht verlaublich worden sei, was mit Rücksicht auf die Stimmzahl des Hausbesitzers Semenow am 17. Oktober (72 Stimmen) eine lächerliche Annahme war. Als Kandidaten nannte das Komitee den dim. Kontreadmiral de Livron, einen der Führer des Russisch-Baltischen Verbandes vom 17. Oktober. Außer ihm konkurrierte wiederum Rechtsanwalt Arved Berg.

Unsererseits wurde, zunächst seitens des Ausschusses, die Kandidatur des Herrn Dr. oec. pol. Robert Erhardt in Aussicht genommen. Am 23. November fand behufs Wahl des Parteikandidaten eine Parteiversammlung statt. Der zum Leiter der Versammlung erwählte Vizepräsident von Klot gedachte zunächst in kurzen, warmen Worten der Verdienste des dahingeshiedenen Moritz um die Partei, worauf sich die Versammlung zur Ehrung seines Andenkens von den Sitzen erhob. Darnach hielt Dr. Robert Erhardt eine Programmrede, die bald darauf im Parteiorgan veröffentlicht wurde. Er schilderte in großen Zügen die Aufgabe der Reichsduma im allgemeinen und insbesondere die Aufgabe ihrer baltischen Mitglieder. Nachdem ein Antrag, die Wahl noch auf acht Tage zu verschieben, mit großer Mehrheit abgelehnt worden war, wurde Dr. Erhardt mit erdrückender Majorität zum Kandidaten erwählt. Einige Tage darauf hielt Dr. Erhardt noch im Wahlkomitee einen Vortrag über die besondern Pflichten der Rigaschen Deputierten im Hinblick auf Rigas wirtschaftliche und sonstige lokale Bedürfnisse, der gleichfalls zur Veröffentlichung gelangte. Die auf dem Boden des Parteiprogramms stehende Presse, die anfangs zum Teil der Kandidatur Erhardt gegenüber sich skeptisch verhalten hatte, unterstützte von nun an diese Kandidatur auf das Entschiedenste.

Wiederum versandte das Wahlkomitee allen Wählern der ersten Kurie Stimmzettel und eine Wahlaufforderung, je nach der Nationalität des Wählers in deutscher, russischer oder lettischer Sprache. Diese Aufforderung lautete:

Sehr geehrter Herr!

Durch den Tod des Dumaabgeordneten, Erwin Moritz ist dessen Sitz in der Reichsduma erledigt. An seine Stelle ist Freitag, den 14. Dezember und eventuell am 18. Dezember von denselben Wählern, die schon für die Oktoberwahl in der Liste verzeichnet waren, und darunter von Ihnen, geehrter Herr, ein neuer Abgeordneter zu erwählen.

Durch die im September und Oktober d. J. erfolgten Wahlen erscheint die Arbeitsfähigkeit der Reichsduma gesichert. Gesichert ist auch durch die Bildung einer konstitutionellen Zentrumsfraktion die Durchführung der notwendigen Reformen auf den durch das Manifest vom 17. Oktober 1905 geschaffenen Grundlagen, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer festen Staatsgewalt zum Kampfe wider den Umsturz und zum Schutze der bürgerlichen Freiheit. An dieser Arbeit der Reichsduma teil-

zunehmen haben auch wir Bürger Rigas das Recht und die Pflicht! Dieses Recht zu verwirklichen ist die Wahl am 14. Dezember bestimmt.

Zum Kandidaten an Stelle ihres verstorbenen Abgeordneten hat die Baltische Konstitutionelle Partei Herrn Dr. sc. pol. Robert Erhardt erwählt, der bereit ist, die etwa auf ihn fallende Wahl anzunehmen und auf derselben Grundlage wie sein Vorgänger Moritz an der von uns auf das Heißeste begehrten schöpferischen Arbeit der Reichsduma teilzunehmen.

Die große Majorität, mit der Herr Moritz am 17. Oktober gewählt wurde, hat bewiesen, daß die altgelesene Bürgerchaft Rigas, die den Grundstock der Wähler der I. Kurie bildet, radikale Bestrebungen sowohl von rechts als von links abzuwehren willens und im Stande ist. Wir hoffen, daß es auch dieses Mal so sein werde. Weder die Rückkehr zu dem durch die Zeitereignisse verurteilten früheren Regierungssystem, noch die schiefe Ebene der sog. Progressisten aller Schattierungen vermögen zum Ziele zu führen.

Ihren Bestrebungen entgegenzutreten ist aber nur mit vereinten Kräften und unter Hintanzetzung alles andern möglich. Möge daher keiner am 14. Dezember fehlen, damit schon im ersten Wahlgange die Ueberzeugungstreue der Bürger Rigas und ihre Bereitwilligkeit zur Ausübung ihrer politischen Rechte offenbar würden.

Schon die Tatsache, daß wir unsere Gegner nicht im ersten Wahlgange besiegen konnten, wäre ein Zeichen von Schwäche! Sorgen auch Sie, geehrter Herr, durch Abgabe Ihrer Stimme dafür, daß es zur Nachwahl nicht komme!

Einen Stimmzettel, der in vorgeschriebener, der Wählerliste entsprechender Form in der Mitte des Blattes den Namen des Herrn Dr. Erhardt enthält, beehren wir uns beizulegen.

Das Wahlkomitee der Baltischen Konstitutionellen Partei.

In der die Aufforderung begleitenden Wahlanweisung war auf die im Oktober stattgehabte Unterschiebung eines andern Stimmzettels hingewiesen und den Wählern empfohlen worden, ihren Stimmzettel genau zu prüfen. Auch waren Stimmzettel und Aufforderung dieses Mal in geschlossenen Kuverts versandt worden. Wiederum aber hatten wir mit einer unlautern Machination der Gegner zu kämpfen. Mit vollem Bedacht war in dem Stimmzettel der Vatersname unseres Kandidaten nicht genannt worden, weil auch die Wählerliste seinen Vatersnamen nicht enthält und jede etwaige Meinungsverschiedenheit über die im Stimmzettel namhaft gemachte Person am Besten durch wortgetreue Abschrift der Angaben der Wählerliste ausgeschlossen wurde. Dieses Verfahren war auch deshalb berechtigt, weil die Instruktion für den Wahlvollzug die Angabe des Vatersnamens des Kandidaten auf dem Stimmzettel nur an den Orten verlangt, wo die Führung des Vatersnamens überhaupt üblich ist. Hieraus aber wurde uns ein Fallstrick gedreht, indem, unter dem Vorgeben, daß unser Bureau sich versehen habe, in die Stimmzettel leichtgläubiger Wähler ein Vatersname, teils der richtige, teils wohl auch ein falscher, hineingeschrieben wurde, was, da korrigierte Stimmzettel ungültig sind, die Kassierung der Wahlstimme zur Folge haben mußte. Wir waren daher auch dieses Mal wieder genötigt, versuchter Wahlfälschung öffentlich entgegen zu treten. Um mindestens die überwiegende Mehrzahl der uns geneigten Wähler mit richtigen Stimmzetteln zu versehen, wurde mit der Stadtausgabe der fünf deutschen Tagesblätter ein Stimmzettel als Beilage versandt. Auch verteilten die Glieder des Wahlkomitees nach Möglichkeit Stimmzettel von Hand zu Hand. Die Gesamtausgabe der von uns für Dr. Erhardt verteilten Stimmzettel betrug darnach 27,000 Stück.

Der Wahlaufruf des Parteivorstandes in den Tagesblättern hatte folgenden Wortlaut:

An die Wähler der I. Kurie.

Durch den Tod des Dumaabgeordneten Erwin Moritz ist dessen Sitz in der Reichsduma erledigt. An seine Stelle ist Freitag, den 14. Dezember, in der großen Gilde ein Ersatzmann zu wählen.

Wiederum gilt es, für Recht und Ordnung einzutreten gegenüber dem Umsturze, zu der monarchisch-konstitutionellen Staatsform sich zu bekennen gegenüber der demokratischen.

Im Oktober vermochten die Anhänger dieser Richtung nur 769 Stimmen für sich zu gewinnen. Trotz dieser vernichtenden Niederlage haben sie es gewagt, gestützt auf die Unterstützung der Sozialdemokraten, denselben Mann wieder in Vorschlag zu bringen, den damals eine so überwältigende Majorität ablehnte. Ein Block von Gliedern verschiedener Nationalitäten hat für diese Kandidatur sich gebildet. Eine andere nationale Wählergruppe steht müßig bei Seite. Sie erkennt in dem Kandidaten den gemeinsamen Feind, aber gemeinsam mit uns ihn bekämpfen will sie nicht!

Wir richten dieser teils aktiven, teils passiven Gegnerschaft gegenüber nicht nur an alle unsere Parteiglieder, sondern an alle die Wähler, die mit uns für die Erneuerung Rußlands auf monarchisch-konstitutioneller Grundlage einzutreten willens sind, die dringende Bitte, Mann für Mann zur Wahl zu erscheinen und einmütig für unsern Kandidaten Dr. sc. pol. Robert Erhardt zu stimmen.

Arbeitsstüchtige und arbeitswillige Männer braucht die Duma zur Durchführung der hohen ihr gestellten Aufgaben!

Nur einen solchen zu senden entspricht der Würde unserer alten Stadt. Nur ein solcher vermag sie zu vertreten!

Darum stimmt alle geschlossen für Dr. sc. pol. Robert Erhardt!

Der Vorstand der Baltischen Konstitutionellen Partei.

Das Resultat der Wahl am 14. Dezember ist folgendes:

Es erhielten:

| | | | | |
|---------------------------------|------|---------|---|----------------------------------|
| Dr. oec. pol. Erhardt | 1644 | Stimmen | = | 66,8 ⁰ / ₀ |
| M. Berg | 794 | " | = | 32,2 ⁰ / ₀ |
| de Livron | 10 | " | = | 0,4 ⁰ / ₀ |
| ungültig waren | 15 | " | = | 0,6 ⁰ / ₀ |

Es hatten hiernach 254 Wähler weniger gestimmt als im Oktober. Die Wahlbeteiligung beträgt im Dezember 63,6⁰/₀, gegen 70,2⁰/₀ im Oktober. Unser Kandidat hat 180 Stimmen weniger erhalten als im Oktober weil Rechtsanwalt Moriz. Von diesen 180 Stimmen dürfte ein Teil auf Anhänger unserer Partei entfallen; teils auf solche, die an der Wahl teilzunehmen verhindert waren, teils auf solche, die im Hinblick auf den Unwert der Gegenkandidaturen fortgeblieben sind. Ein anderer Teil entfällt wohl auf die Lettische Reformpartei. Der radikale lettische, zweifellos aber von Radikalen an ihrer Nationalität heimlich unterstützte, Gegenkandidat Berg hat hingegen einen Stimmenzuwachs von 29 Stimmen erzielt, den er der Lettischen Reformpartei und der Lettischen Volkspartei zu verdanken hat. Daß solcher Stimmen nicht mehr waren, ist ein Beweis für die in diesen Parteien herrschende Disziplin.

Uns aber haben dieser wiederholte Wahlsieg in Riga und die große Zahl von Angehörigen unserer Partei, die im Gouvernementswahlkreise gewählt wurden, bewiesen, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß es jetzt gilt, nicht etwa neue Organisationen zu schaffen, sondern weiter zu bauen auf dem gelegten Fundament!

Wir wollen aber nicht nun unseres Wahlsieges uns freuen, 5 Jahre lang die Hände in den Schoß legen und die neuen Wahlen erwarten. Lassen Sie uns vielmehr eingedenk sein des Spruches: *si vis pacem, para bellum*, wer den Frieden will, rüste sich zum Kriege. Wir wollen den Frieden, wir wollen die freie Entwicklung Aller auf dem Boden der Gerechtigkeit, des Rechts und der Ordnung. Aber sorgen wir, daß der nächste Kampf uns nicht ungerüstet finde!

